

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Einzelheft 40 Pf., monatl. 1,20 Mk.,
 frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelhefte
 Nummern 10 Bfg. Vollbezug: Monats-
 lich 1,60 Mk. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 3.— Mk., für das übrige Ausland
 4,50 Mk. monatlich. Versand ins Feld
 bei direkter Bestellung monatl. 1,20 Mk.
 Vollbestellungen nehmen an: Düse-
 markt, Holland, Luxemburg, Schweden
 und die Schweiz. Eingetragen in die
 Post-Zeitungs-Preisliste.
 Erscheinung täglich.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenspreis:
 Die Anzeigenspreise sind festgesetzt
 60 Bfg. „Kleinere Anzeigen“, das
 ist gedruckt Wort 20 Bfg. (zählend
 2 getragene Buchstaben) jedes weitere
 Wort 10 Bfg. Stellenanzeigen und
 Stellenangelegenheiten das erste Wort
 10 Bfg., jedes weitere Wort 5 Bfg.
 Worte über 10 Buchstaben zählen für
 zwei Worte. Teuerungszuschlag 20%.
 Familien-Anzeigen 50 Bfg.,
 politische u. gemeinlichliche Berichts-
 Anzeigen 40 Bfg. die Seite. Anzeigen
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmitt. im Hauptgeschäft,
 Berlin S.W. 68, Hindenburgstr. 11,
 abgegeben werden. Gedruckt von 8 Uhr
 früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3. | Freitag, den 15. März 1918. | Expedition: S.W. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90—151 97. | | Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90—151 97.

Die Wahl in Niederbarnim.

Zusammenbruch der Unabhängigen.

Wissell in aussichtsvoller Stichwahl.

Das Ergebnis der Reichstagsersatzwahl im Wahlkreis Niederbarnim war bei Redaktionsschluss aus den meisten Orten bekannt.

In diesen wurden abgegeben insgesamt 62 778 Stimmen, davon waren ungültig 408. Die gültigen Stimmen verteilten sich wie folgt:

Kandidat	Stimmen
Arbeitersekretär Rudolf Wissell (Soz.)	28 430
Schriftsteller Dr. Breitscheid (U. Soz.)	18 640
Stadtrat Dr. Marešky (natl.)	6 700
Eisenbahnhandwerker Hoffmann (F. B.)	5 500
Amtsvorsteher Kühn (kons.)	3 100

Danach erfolgt Stichwahl zwischen Wissell und Breitscheid.

Im Jahre 1912 gab das Wahlergebnis für Niederbarnim folgendes Bild: Von 132 418 eingeschriebenen Wählern gaben 129 269 ihre Stimme ab. Diese Stimmen verteilten sich folgendermaßen auf die Parteien:

Sozialdemokratie	92 550
Reichspartei	20 078
Fortschrittliche Volkspartei	13 501
Zentrum	2 304
Polen	553
Demokratische Vereinigung	85

Der Sozialdemokrat (Stadthagen) war damit im ersten Wahlgang gewählt.

Dieses Wahlergebnis bedeutet eine Katastrophe der Unabhängigen. Es ist für sie der Anfang vom Ende. Als ein klarer und deutlicher Beweis steht es da, daß die Masse der Arbeiterschaft trotz aller Annäherung der Unabhängigen der Fahne der alten Partei treu geblieben sind. Selbst in ihrer Hochburg sind die Unabhängigen gescheitert, in den von dicht proletarischer Bevölkerung bewohnten östlichen Berliner Vororten können sie bei weitem noch nicht ein Drittel der Stimmen aufbringen, während fast die Hälfte der Wählerschaft zur alten Partei steht. Wo haben die Unabhängigen noch Boden in Deutschland, wenn sie selbst in Niederbarnim keinen Boden mehr haben, wenn sie nicht einmal das Mandat ihres Führers Stadthagen behaupten können?

Den moralischen Eindruck dieses Zusammenbruchs der Unabhängigen kann kein Schwächen und kein Entschuldigungsgerede aus der Welt schaffen. Er verstärkt sich nur, je mehr man die Teilergebnisse betrachtet, die das Gesamtergebnis zusammen ergeben. Von den vielen Industriegemeinden, die den Niederbarnimer Wahlkreis bilden, sind nur verschwindend wenige, die den Unabhängigen gegenüber der Sozialdemokratie eine Mehrheit, und auch nur eine ganz bescheidene Mehrheit, gestiftet haben. Lediglich der Berliner Osten erab 2291 Stimmen für Breitscheid und 1977 für Wissell. Stralau 264 für B., 209 für W. Dagegen steht die Liste der übrigen Städte und größeren Landgemeinden nach vorläufigen Zusammenstellungen folgendermaßen aus:

Ort	Wissell	Breitscheid
Lichtenberg	7231	4983
Friedrichsfelde	437	355
Karlshorst	497	257
Friedrichshagen	770	351
Niederschönhausen	775	407
Oberschöneweide	1401	1290
Reinickendorf-Ost	1455	1054
Tegel	1182	784
Reichenow	2298	1204
Wittenow	584	508
Ranow	2405	1808
Siemensstadt	294	60
Oranienburg	337	251

In vielen Landgemeinden, darunter solchen mit Arbeiterbevölkerung, ist das Resultat für die Unabhängigen geradezu vernichtend. Dort zählen ihre Stimmen neben den stattlichen Zahlen der Sozialdemokratie überhaupt nicht. In Buch steht das Resultat 117 : 19, in Birkenwerder 108 : 21, in Erkner 195 : 47, in Rauhsdorf

170 : 43, in Kalbberge 145 : 41, in Rüdersdorf 173 : 46 für die alte Partei. Nichts haben die Unabhängigen in diesem Wahlkampf gerettet, nicht einmal die Ehre! Was wir hier oft betont haben, zeigt sich deutlich, daß ein laienhaftes Verfassungsverständnis noch lange nicht die Mehrheit der Bevölkerung ist.

Das Resultat wird — zum ersten Male seit Menschengedenken in Deutschland — eine Stichwahl zwischen zwei Sozialdemokraten sein. Die bürgerlichen Parteien, bis zur Parteispaltung in Niederbarnim völlig bedeutungslos, geben den Ausschlag. Das ist das herrliche Resultat, das die Unabhängigen der Arbeiterschaft beschert haben, daß in einem ihrer sichersten Wahlkreise das Bürgertum darüber zu bestimmen hat, welcher von zwei sozialdemokratischen Kandidaten in den Reichstag zieht. Früher bestimmten wir das. Auch vor der Spaltung gab es Richtungen in der Partei. Aber welche der Richtungen einen bestimmten Kreis vertraten sollte, das wurde innerhalb der Organisation ausgetroffen, niemand hatte dreinzureden. Jetzt haben die Unabhängigen das Bürgertum zum Oberrichter im Richtungsstreit ernannt. Welch herrliche Fortschritte durch die Parteispaltung!

Auf keinen Fall aber werden die Unabhängigen sagen können, daß Wissell seinen zu erwartenden Sieg in der Stichwahl der Hilfe des Bürgerturns verdanken würde. Wissells Stimmenvorprung vor Breitscheid ist so groß, daß er allein völlig ausreicht, um ihm den Sieg zu sichern. Die Stimmenzahl der Sozialdemokratie beträgt das Anderthalbfache der unabhängigen Stimmen und wenn nur das Bürgertum in der Stichwahl Gewehr bei Fuß bleibt, so ist der Sozialdemokratie der Sieg sicher. Mit Hilfe des Bürgerturns siegen können allein die Unabhängigen!

Das Resultat ist für die Sozialdemokratie höchst erfreulich, aber eine Ueberraschung ist es höchstens für die Unabhängigen. Wir kannten die Stimmung der Massen längst, wir haben vor der Wahl an das gerade um ein Jahr zurückliegende Wahlergebnis von Spandau-Ostbahndamm erinnert, wo der sozialdemokratische Kandidat Stahl mit 17 000 Stimmen über die 5000 Stimmen des unabhängigen Wehring siegte. Damals behaupteten die Unabhängigen, Stahl verdanke seinen Sieg nur dem Umstand, daß das Bürgertum keine Kandidaten aufgestellt habe, ohne das wäre er unterlegen. In Niederbarnim hat jede Richtung des Bürgerturns Kandidaten aufgestellt — trotzdem Wissells gewaltiger Stimmenvorprung vor Breitscheid. Die Wahl beweist, daß die Sozialdemokratie aus eigener Kraft imstande ist, der Spaltungsbewegung auch in ihren Zentren Herr zu werden.

Was ist das Resultat der Unabhängigenbewegung bei allen bisherigen Wahlen? Eine Kette von Mißerfolgen! Nirgends, wo bisher die Probe angestellt worden ist, haben die Unabhängigen beweisen können, daß sie die Massen hinter sich hätten oder sie besser zu gewinnen verstanden als die Sozialdemokratie. Und das war doch gerade die Rechtfertigung ihrer Spaltung, daß die alte Partei angeblich nicht mehr die Massen hinter sich habe. Niederbarnim, ein neuer erschütternder Beweis für die völlige Unwahrheit dieser Behauptung! Wahr ist nur, daß die Unabhängigen den demokratischen Geist verloren haben, der Unterordnung der Mehrheit unter den Willen der Mehrheit verlangt!

In Niederbarnim hat sich gezeigt, daß die von der Sozialdemokratie während des Krieges befolgte Politik durchaus das Verständnis der Massen findet. Die Massen verstehen es, daß man gleichzeitig grundsätzlicher Gegner des Krieges sein kann, und doch nicht sein Land wehrlos feindlichem Einfall und fremder Verwüstung preisgeben will. Die Unabhängigen haben gegen die alte Partei die Anklage des „Prinzipienverrats“ erhoben, die Massen haben gerichtet, — aber ihr Urteil ist ein Verdammungsurteil der Ankläger geworden!

Am Stichwahltag mögen die Arbeiter von Niederbarnim das Strafgericht über die Parteispaltung und Parteizerteiler vollenden, das sie am 14. März allüberheißend begonnen haben. Für das ganze Deutsche Reich soll dieser Wahlausfall ein Signal sein. Der Klang der Unabhängigen ist unwiderbringlich dahin. Der Schein von Macht, den sie sich nach außen hin wenigstens in ein paar großen Städten zu heben wussten, hat sich als Lug und Trug erwiesen! Wie erleichtert kann heute die deutsche Arbeiterschaft aufatmen: der Alp ist von ihr gemieden, als ob die Spaltung der Partei nicht mehr zu besorgen sei. Niederbarnim gibt die ermutigende Lehre: Wollt sie beiseitigen — und sie ist beiseite!

Unterredung mit Generalfeldmarschall v. Hindenburg.

Telegramm unseres Kriegsberichterstatters Dr. Adolf Köler.

Der Frieden im Osten. — Die Lage im Westen.

Großes Hauptquartier, 11. März.
 Heute vormittag, kurz vor seiner Abfahrt nach Berlin, hatte ich Gelegenheit, den Generalfeldmarschall v. Hindenburg zu sprechen. Die Ausführungen des Marschalls drehten sich naturgemäß vor allem um die militärische Lage Deutschlands. Sie waren aber gleichzeitig auf die politische Wertung der letzten Ereignisse im Osten manches interessante Schlagslicht. Ich gebe referierend in großen Zügen wieder, was mir für Hindenburgs Auffassung der gegenwärtigen Situation charakteristisch erscheint.

Die Ereignisse im Osten beschäftigten den militärisch augenblicklich aufs höchste angespannten Geist des Feldmarschalls andauernd stark. Die Feinde werfen uns vor, dort unter Ausnutzung der militärischen Lage eine Gewaltpolitik betrieben zu haben. Dagegen wendet sich Hindenburg: „Gewiß haben wir kräftig zugegriffen — genau so kräftig, wie unsere Gegner es getan haben würden. Der Krieg ist eben keine weiche Sache. Aber die Lösung, die wir gewählt haben, ist sozusagen durch die Entwicklung der Dinge selber geschehen.“ Die russische Revolution hat niemand, auch der Feldmarschall nicht, in diesem Umfange und mit diesen Wirkungen vorausgesehen. Sie hat Russland — ein weltgeschichtliches Ereignis, das wir heute noch gar nicht richtig bewerten können — in einzelne Partikel auseinanderfallen lassen. Diese Lage zwang uns unerbittlich zum Handeln. „Sollten wir etwa zusehen und abwarten, bis die agnerische Propaganda diese Partikel wieder zusammengekehrt hätte. Das konnten wir nicht. Wir haben uns verständig mit zweien von ihnen: Finnland und der Ukraine. Großrussland wollte keine Verständigung. Was aus den anderen Teilstaaten wird, ist ihre Sache. Bis jetzt ist ein klar: daß sie sich von Russland losgerissen haben. Aber natürlich können sie nicht in der Luft hängen. Da eine Anlehnung an das eben verlassene Russland unumhüllbar erscheint, kommt nur Deutschland in Betracht. So und nicht anders ist der Friede im Osten entstanden und zu bewerten.“ Davon abgesehen aber, muß der Friede im Osten uns noch des Marschalls Meinung Grenzsicherungen für die Zukunft beschließen. Das sprach er klipp und klar aus. Wir müssen seiner Meinung nach unsere Grenzen ohnwärts verschieben — nicht aus Landzier, sondern um jede Wiederholuna der Leiden Ostpreußens unumhüllbar zu machen. „Diese Grenzsicherung“, meinte der Marschall weiter, „sollte ohne Rücksicht auf parteipolitische Erwägungen von allen Deutschen als notwendig anerkannt werden.“ Hindenburg sprach über den Osten mit innerer Wärme. Eine gerechte Würdigung unserer dortigen Absichten und die Einsicht vor der gewaltigen Bedeutung dieses Friedens, der die Kette, die uns ertönnen sollte, gesprengt hat, schien ihm sehr am Herzen zu liegen.

Das Gespräch wandte sich dann verschiedenen Fragen der Heimatpolitik zu, die Hindenburg mit steigendem Interesse verfolgte. Nicht das Große Hauptquartier ist der Mittelpunkt Deutschlands, so unangeführt sagte er, „sondern der gute Geist des deutschen Volkes. Dem verdanken wir alles, das wollen wir nie vergessen. Das bin ich meinen Soldaten schuldig. Und ich bin überzeugt, daß dieser Geist auch in der Heimat kräftig bleibt. Das brauchen wir hier draußen als Rückendeckung.“ Wie Hindenburg vor anderthalb Jahren zu mir über die Leistungen der deutschen Arbeiterfrau redete, so heute über die wichtige Frage der künftigen Bevölkerungspolitik. Es muß etwas getan werden, daß Kinderlegen nicht mehr eine Last für die Unbemittelten, sondern eine Freude ist. Jeder Arbeiter sollte sein eigenes Haus und seinen eigenen Garten haben. Das Leben muß ihm zur Freude werden. Dazu sind aber Taten nötig, nicht Gerede. Handlung ist mir lieber als Bewegung.“

Zum Schluss kam der Feldmarschall auf die spannende Lage an der Westfront zu sprechen. Jedermann weiß, daß er hier vor Entscheidungen von weltgeschichtlicher Tragweite gestellt ist. Hindenburg sprach über die nächste Zukunft mit demselben ruhigen Vertrauen wie damals, als ich ihn zu Beginn der rumänischen Offensive besuchte.

Denselben Eindruck entnahm ich längeren Ausführungen, mit denen General Ludendorff die Worte Hindenburgs ergänzte. Wie Hindenburg ist auch er sich der Schwere, der auf ihm lastenden Entscheidung sowie der Schwere der

Kämpfe, die vielleicht kommen, klar bewußt. Aber wenn sie kommen, so sind sie notwendig für das letzte und einzige Ziel des Krieges — den Frieden. Ludendorff sprach von der Lage der Westfront im vorigen Jahr, wo die Aktionen in Gallien, bei Nica und Mailin ihn zwangen, mit starker Minderheit den feindlichen Schlägen im Westen zu trotzen. Er ist als Feldherr glücklich, jetzt über eine starke Linie und über noch viel stärkere Reserven verfügen zu können. Freilich kennt auch er am besten die Macht der Geener, die Stärke ihrer Operationsarmee, die guten Bahnen, über die sie hinter der Front verfügen. Dennoch wird der Angriff eröffnet werden, wenn die Umstände es zwingend erfordern. Die Ungebuld der Heimat aber soll nicht leicht über die möglicherweise entbrennenden Kämpfe denken. Realistischer Vergleich mit früheren Offenheiten würde ein falsches Bild geben. „Es wird erst dann angegriffen, wenn volle Sicherheit über den Erfolg besteht.“ Die Worte Ludendorffs klangen scharf und bestimmt. Aber es war der siegreiche Lenker zahlreicher Feldzüge, der hier redete.

Wie der Feldmarschall, so ist auch sein Generalquartiermeister mit seinen Gedanken noch stark im Osten beschäftigt. Auch ihm liegt scheinbar daran, daß der dort geschlossene Friede in seiner Notwendigkeit richtig gewürdigt werde. „Wir haben mit Rumänien und der Ukraine einen regelrechten Vorkriegsständigen Frieden abgeschlossen. Großrußland wollte keinen Verständigungsfrieden. Da blieb nichts anderes übrig, als die Entscheidung durch die Gewalt. So wird es immer sein. Wo ein Verständigungsfriede nicht möglich ist, da bleibt allein der Appell an die Waffen. Natürlich ist Rußland nun nicht zufrieden. Aber was ihm wehtut, ist viel weniger unser Friede, als die fürchtbare innere Lage, in die Rußland ohne uns hineingeraten ist.“

Die gestern gemeldeten Vorkämpfe nordöstlich Kiew brachten das Gespräch auf die Zukunft der Ukraine. General Ludendorff stellte ausdrücklich noch einmal fest, daß die ukrainische Regierung selber uns in ihr Land gerufen hat. Gleichzeitig lag die Sicherung der Verkehrswege in unserem eigenen Interesse. Ohne Einmarsch wäre unser wirtschaftliches Ziel nicht erreicht worden. Das liegt uns der General an der Hand eben eingelaufener Meldungen über die jeder Beschreibung spottenden Zustände in den durch die Bolschewiki terrorisierten Gebieten noch einmal dar.

Wehr noch vielleicht als die Ukraine beschäftigte den General begreiflicherweise das Schicksal Finnlands. Die Finnländer, deren junger Seereskern sich immer besser entwickelt, haben sich an uns um Hilfe gewandt. Es war nach der Entwicklung der Dinge nicht undenkbar, daß sie, von uns abgewiesen, anderswo Anlehnung suchten. So mußten wir zugreifen.

Ich habe in diesen Schicksalstagen schwerer Entscheidungen mit zahlreichen anderen verantwortlichen Leitern des deutschen Generalstabes gesprochen. Die riesige Präzisionsmaschine arbeitet auch heute noch mit der Ruhe und Sicherheit, die die Welt an ihr täglich mehr bewundert. Ob die Entscheidung schon gefallen ist, weiß niemand. Aber sobald sie gefallen, sobald der Hebel angebracht ist, wird eine fürchtbare Bewegung die Erde Europas erschüttern.

Bewaltstreich gegen Holland.

Ein Schiffraub-Ultimatum der Alliierten.

Seit Jahr und Tag, vor allem seit dem Eintritt der einst selbst gegen Neutralitätsverletzung roten wechselnden Vereinigten Staaten in den Krieg, werden Rufen gegen die Neutralität der Niederlande vorgetragen. Jetzt scheint die Alliiertenpolitik den Augenblick für geeignet zu halten, die Rufe aufzuliegen zu lassen. Die Verhandlungen wegen Freistellung des holländischen Schiffraums haben sich langsam hingezogen. Gestern noch wurde ein Jugeständnis an Holland gemeldet, das einige Rücksichten auf den Erfolg weiteren Widerstandes des Nachbar Englands zu zeigen schien; unmittelbar hinterdrein aber haben sich Nachrichten eingestellt, die nichts anderes bedeuten, als daß die Alliierten entschlossen sind, den hartnäckigen Widerstand nunmehr mit Gewalt zu brechen. Sie haben ein Ultimatum gestellt, über dessen Inhalt folgendes Telegramm unterrichtet:

Amsterdam, 13. März. Der Vertreter von Wolffs Telegraphischem Bureau in Amsterdam erfährt, daß der englische Gesandte im Haag im Namen der alliierten Regierungen und der Vereinigten Staaten von Holland die Auslieferung seines gesamten Schiffraumes gegen entsprechende Frachttarife und den Ersatz der torpedierten Schiffe nach dem Kriege für Fahrten auch innerhalb des Sperrgebietes verlangt hat.

Der holländischen Regierung wurde für ihre Antwort eine Frist von acht Tagen eingeräumt.

Falls dieser Forderung der alliierten Regierungen nicht nachgegeben werden sollte, würden die holländischen Schiffe in den Häfen der Vereinigten Staaten requiriert und die auf See befindlichen holländischen Schiffe beschlagnahmt werden. Außerdem würde an Holland in diesem Falle von den alliierten Regierungen kein Brotgetreide geliefert werden.

Schon am Sonnabend ist nach einer als absolut bestimmt bezeichneten Meldung des „D. Z.“ dieser Gewaltstreich inauguriert worden. In der an diesem Tage im Haag überreichten dringlichen Note wurde Antwort bis zum 18. März verlangt. Am Montag soll dann die Note der alliierten Regierungen insofern eingeschränkt worden sein, als die in Holland liegenden Schiffe nur insofern eingefordert werden sollen, als es nötig ist, um den von den alliierten Regierungen benötigten Schiffraum auf 90 000 Tonnen zu erhöhen.

Aus zwei Ursachen ist der Plan der Alliierten erwachsen: aus der durch den U-Boot-Krieg ständig gesteigerten Schiffraumnot der Westmächte, und aus der Einsicht in die Tatsache, daß es weiterer Schritte bedarf, um Deutschlands Versorgung mit Nahrungsmitteln in einem solchen Maße zu unterbinden, daß die Kriegslage der Entente daran gewinnt. Bei unseren Kriegsgegnern hat sich allmählich die Erkenntnis durchgesetzt, daß bei der heutigen Lage der Dinge eine Linderung unmöglich ist. Und weil man immer mehr daran verzweifelt, daß man den Westmächten militärisch beikommen könne, will man die Grenzen des Versorgungsgebietes der Feinde enger ziehen. Das hat man in dem Momente erreicht, in dem man die Handelsflotten der Neutralen in die Hände be-

Odeffa besetzt — Artillerietätigkeit und Vorfeldgefechte im Westen — Oesterreich-Ungarn völlig feindfrei — Italienische Pasubiostellungen gesprengt.

Amlich. Großes Hauptquartier, 14. März 1918. (D. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die feindliche Artillerie entwickelte in einzelnen Abschnitten zwischen der Lys und Scarpe, beiderseits der Maas und im Sundgau in der Gegend von Altkirch regere Tätigkeit. Auch an der übrigen Front vielfach lebhaftere Störungsfeuer. Kleinere Infanteriegefechte im Vorfelde der Stellungen.

Gestern wurden im Luftkampf und von der Erde aus 17 feindliche Flugzeuge und 3 Fesselballone abgeschossen. Von einem nach Freiburg fliegenden feindlichen Geschwader wurden an der Front 3 Flugzeuge heruntergeholt.

Rittmeister Freiherr v. Richtigshofen errang seinen 65. Luftsieg.

Osten.

Die im Einvernehmen mit der rumänischen Regierung von Braila über Galatz-Bendery auf Odeffa angelegten deutschen Truppen haben nach Vorkämpfen bei Moldowanfa Odeffa besetzt. Ihnen sind von Schmerinka her österreichisch-ungarische Truppen gefolgt.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Abendbericht.

Berlin, 14. März 1918, abends. Amlich.
Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Bericht.

Wien, 14. März 1918. Amlich wird verkauft:

Osten. Die Rumänen haben nun auch den letzten schmalen, von ihnen noch besetzt gehaltenen Streifen österreichischen und ungarischen Gebiets geräumt. Der Osten der Monarchie ist nach dreißig Jahren schwerster Kriegslast wieder völlig frei.

Odeffa ist seit gestern nachmittag in der Hand der Verbündeten. Während von Westen her deutsche Bataillone vorgehen, drang über den Frachthafen die von Generalmajor Alfred von Seidler geführte Vorhut einer österreichisch-ungarischen Division in die Stadt ein.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die italienischen Feldstellungen auf der Südspitze des Pasubio-Stokes wurden gestern in beträchtlicher Ausdehnung in die Luft gesprengt. Die Wirkung unserer Minen war verheerend. Unsere Abteilungen besetzten das Trümmerfeld.

Der Chef des Generalstabes.

kommen hat. In diesem Augenblicke sind die Versorgungsgrenzen der Mittelmächte, die heute bis an die Seegrenzen der oben ausgeführten Neutralen reichen, bis an die fastischen Landesgrenzen der auszuburgernden Mächte gerückt.

Die Entente hat bei der Nation begonnen, die unter den leistungsfähigsten Neutralen noch die selbständigste war. Holland hat noch eine recht erhebliche Handelsflotte. Ihr disponibler Schiffraum beträgt noch etwa 300 000 Brutto-Register-Tonnen. Würde Holland den Forderungen der Entente nachgeben, so wäre es — so spezifiziert England, und wohl auch nicht ohne Recht — verhältnismäßig leicht, den übrigbleibenden flandinischen Ländern beizukommen. Unter diesen hat Schweden noch die größte Tonnage. Es sind etwa 500 000 Brutto-Register-Tonnen, die allein in der Ostsee schwimmen. Die schwedische Reederschaft ist aber England gegenüber viel weniger selbständig als die holländische. Noch abhängiger von England ist die norwegische Schifffahrt, deren bedeutend kleinere Handelsflotte schon in Friedenszeiten zu einem großen Teile in englischen Händen war.

Wie wird Holland sich diesem Gewaltplan gegenüber verhalten? Der Haager „Nieuwe Courant“ schrieb zu der gestern erwähnten Mitteilung des Minister des Äußeren über den Stand der Verhandlungen mit den alliierten Regierungen: den Holländern solle die einzige noch bestehende Gelegenheit abgegriffen werden, um die für eine vorläufige Uebereinkunft notwendige Zustimmung Deutschlands zu erhalten. Die Möglichkeit, daß die Reeder von dem Schiffraum, den sie dann zur Verfügung der Alliierten stellen müßten, nicht mehr wiedersehen würden, vergrößere sich in ganz unberechenbarem Maße. Die Vereinbarung mit Amerika und den Alliierten sei hierdurch vorläufig oder endgültig vereitelt, wenn nicht eine vollkommen unerwartete Wendung eintrete. „Unsere überseeischen Freunde haben sie uns völlig unendlich gemacht“, jagt das Blatt, „und treiben uns, wenn wir dem Hunger, der Arbeitslosigkeit und dem äußeren nationalen Elend entgegen wollen, noch mehr in die Arme Deutschlands.“ Die „Not des Krieges“ kennt offenbar auch bei den Vorkämpfern des übermächtigen Militarismus keine Grenzen.

Nach diesen Äußerungen wäre zu vermuten, daß die Antwort auf das Ultimatum zunächst ein energischer Protest sein wird. Aber es braucht kaum bemerkt zu werden, daß ein Protest die Alliierten nicht zurückschrecken wird. Der Krieg hat die brutale Gewalt zur höchsten Entscheidung auch in den Fragen des Völkerrechts eingeleitet, und was in den ersten Kriegsjahren nur zögernd getan wurde, wird in der zwölften Stunde des Krieges vollkommen freipollos geschehen. Das Ultimatum an Holland bedeutet, daß die Entente nicht länger dulden will, daß ihr durch Neutralitätsrechte die Quelle von Vorteilen, die sie dringend für die Fortführung des Krieges brauchen, verstopft wird.

Die Aufgabe, die Deutschland aus diesem Vorgehen erwächst, liegt auf der Linie seiner bisherigen Pflichten. Wollen die Feinde Völkerrechte zerbrechen, so wächst auf diesem Felde das Schicksal Deutschlands. Holland hat bisher jedem Versuch, seine Neutralität zu bedrohen, den Willen unbändigster Verteidigung dieses Rechtes entgegengebracht. So sollte zu erwarten sein, daß das Nachbarland auch jetzt kein Zota von diesem Recht sich rauben läßt oder gar freiwillig opfert. Deutschland kann für sein Handeln, auch vom Standpunkt der Selbstverteidigung aus, jedenfalls nur die eine Form der Neutralität als einwandfrei und als maßgebend anerkennen, die bisher von Holland mutig durchgehalten wurde.

Bethmann über Dichons Enthüllungen.

Warum er die Besetzung Louis und Verduns forderte.

Die von Dichon in der Sorbonne gemachten Enthüllungen, wonach der deutsche Botschafter in Paris, Baron v. Schoen, Ende Juli 1914 die Instruktion gehabt habe, nach Zusage der französischen Neutralität auch noch die zeitweilige Besetzung von Loui und Verdun zu verlangen, veranlaßten den Hauptschriftleiter der „Münchener N. N.“, den in München weilenden Herrn v. Bethmann Hollweg über die Motive zu befragen, die für seine damalige Handlungsweise maßgebend waren.

In seiner Erwiderung verwies der ehemalige Reichskanzler auf die durch den Suchomlinow-Prozess bewiesene vorzeitige russische Generalmobilmachung, in der er dem unabweislichen Beweis dafür erblickt, daß die Nachhaber in Rußland den Krieg unter allen Umständen wollten. Die Instruktion an Herrn v. Schoen sei dagegen niemals ausgeführt, von den Franzosen bis jetzt gar nicht gekannt worden, also habe sie auf die tatsächliche Entwicklung der Dinge keinen, auch nicht den geringsten Einfluß gehabt.

Aber sie soll, fuhr Herr v. Bethmann Hollweg fort, so meint man in Frankreich, ein Zeugnis dafür sein, daß wir es gewesen seien, die den Krieg gemollt hätten. Auch diese Vorstellung schlägt den Tatsachen ins Gesicht. Mit der russischen Mobilmachung, die führte das vorhin aus, mit der Weigerung Rußlands, sie rückgängig zu machen, war der Krieg da. Wir waren in den Krieg hineingezwungen, und unsere einzige Sorge, unsere einzige Pflicht konnte nur mehr sein:

alles zu tun und alles anzuspannen, damit wir nicht unterlagen.

Daß wir nicht allein gegen den russischen Mobilmacher, sondern auch gegen Frankreich zu stehen hätten, daran konnte im Ernst kein Mensch zweifeln. Das russisch-französische Bündnis, auch wenn sein Wortlaut heute noch nicht veröffentlicht ist, hatte in der gesamten Politik beider Länder während der letzten Jahrzehnte genugum gegiegt, daß jeder Krieg für uns ein Zweifrontenkrieg sein würde, und zum Ueberfluß zeigen es ja die eigenen Veröffentlichungen unserer Feinde über die Vorgänge im Juli 1914 selbst, daß Rußland sich des Bestandes Frankreichs vergewissert hatte, als es den österreichisch-serbischen Konflikt zum Kriegsanlaß nahm. Ohne diese Gewißheit und zugleich ohne die berechtigste Erwartung, daß auch Englands Kriegshilfe nicht ausbleiben werde, hätte Rußland nimmermehr zum Schwert gegriffen. Ueber diese Sachlage war ich nicht im geringsten Zweifel, als die Instruktion an den Botschafter Baron v. Schoen abging, aber gerade um deswillen durften wir die Eventualität nicht unberücksichtigt lassen, daß Frankreich etwa eine provisorische, für die Dauer aber nicht verlässliche Neutralitätserklärung abgeben sollte. Gegenüber der erdrückenden Uebermacht der uns gegenüberstehenden Koalition wären wir nach dem Urteile unserer

maßgebenden militärischen Instanzen

in eine völlig unhaltbare Lage geraten, wären wir von vornherein dem Untergange preisgegeben gewesen, wenn, nachdem der Krieg einmal da war, die Feinde uns auch noch das Geis der militärischen Banden hätten. Sollte Frankreich unter dem Schutze einer scheinbaren anfänglichen Neutralität seine Vorbereitungen bis aufs Letzte beenden, um dann in einem für uns günstigen Augenblick, wo wir im Osten tief engagiert gewesen wären, über uns herzugreifen, nun — ich brauche nicht auszuführen, in welche verzweifelte Lage wir geraten wären. Nur eine mit sicheren Garantien umgebene Neutralität konnte uns davor schützen. Eine solche Garantie aber war wiederum nach dem Urteile der zuständigen militärischen Instanzen mir gegeben, wenn in den Gürtel der uns vorgelagerten französischen Festungen und Sperrforts ein Loch gesprengt wurde. Am Vaterlande hätte ich mich in seiner höchsten Not verstanden, wenn ich über dieses militärische Urteil hinweggegangen wäre.

Nun, die Haltung Frankreichs hat es dahin gebracht, daß seine Neutralität nicht amell wurde, daß die Frage nach ihrer Garantierung in den durch die Instruktion vom 31. Juli vorgezeichneten Formen überhaupt nicht zur Erörterung kam. Aber ich möchte die französischen Staatsmänner, die von dieser Instruktion jetzt so viel Aufhebens machen, daran erinnern, daß Deutschland in den darauf folgenden Tagen

nach eine andere Form der Neutralitätsgarantie

vorge schlagen hat, eine Form, die längst durch offizielle Publikationen bekannt gemacht ist und die sich nicht auf eine gar nicht ausgeführte Instruktion bezieht. Als sich uns die leider auf einem Mißverständnis beruhende Aussicht eröffnete, daß der Krieg durch Dazwischentreten Englands auf den Osten lokalisiert werden könne, haben wir ausdrücklich erklärt, daß uns eine von Frankreich erklärte Neutralität völlige Gewähr biete, falls sie von England garantiert werde. Nichts kann schärfer und ungewisser davor, daß wir es auf keinerlei der Ehre Frankreichs zu nahe tretende Handlung, geschweige denn auf einen Ueberfall Frankreichs abgeben hätten, daß wir vielmehr bis zum letzten Augenblicke zu allem bereit waren, was diese Weltkatastrophe abwenden konnte. Die feindlichen Staatsmänner sollten, wie ich meine, ihre Völler, wenn sie sie über die wahre Sachlage aufklären wollen, an diese Tatsache erinnern, anstatt ihren Kriegswillen mit ausgegrabenen Instruktionen aufzupeitschen, die nichts und auch gar nichts beweisen.

Das interessanteste an den Darlegungen Bethmanns, die zu dem bekann ten Tatbestand etwas sachlich Neues nicht hinzufügen, ist die zweimalige Hervorhebung der Tatsache, daß wesentlich ein Verlangen der höchsten militärischen Stellen zur Auffstellung einer Eventualforderung geführt hat, die dem Politiker nach seinem eigenen Bekenntnis zum mindesten als überflüssig erschienen. Es zeigt dieser Vorgang aufs neue, in welche Fehler die Diplomatie verfällt, wenn sie die Verhältnisse zwischen Völkern ausschließlich oder überwiegend nach militärischen Gesichtspunkten beurteilt und ihr Handeln danach einstellt. Die Instruktion an Herrn v. Schoen hat freilich heute nur historischen Wert, aber mit dem erleichterten Blick an das Schicksal, daß sie auf die tatsächliche Gestaltung der Dinge einflußlos gewesen ist, sollte der feste Vorbehalt verbunden werden, die zu Anfang des Krieges gemachten diplomatischen Fehler bei seiner Beendigung durch Friedensschlüsse nicht zu wiederholen. Leider scheint es aber viele in Deutschland zu geben, die aus ihren Fehlern nicht lernen können.

Reichstag.

140. Sitzung. Donnerstag, den 14. März 1918, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: vom Stein, Scheuch.

Die

Besprechung der Mittelstands-Interpellation

wird fortgesetzt.

Abg. Kapp (L.): Die Aufrechterhaltung des Mittelstandes ist für das Staatswohl von ausschlaggebender Bedeutung. Darin sind sich alle Parteien einig mit Ausnahme der auch hier völlig negierenden Sozialdemokraten. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Der Staatssekretär sagte, daß nach dem Kriege von 1870 12 Millionen für den Mittelstand aufgewandt seien. Wenn das diesmal nicht möglich sein wird, so würde das daran liegen, daß man auf die Forderung einer Kriegsschadensabfertigung verzichtet hat. (Aha! und Unruhe links.) Sollte das etwa geschehen sein?

unter dem Druck der Reichstagsresolution.

So würde das Volk eine solche Rücksicht nicht verstehen. (Große Unruhe links.) Das deutsche Volk steht vor einem gewaltigen Siege. (Zurufe bei den Sozialdem.: Mittelstands-Interpellation!) Die Sitzungen müssen möglichst befristet werden. Es muß ein allmächtiger Abbau der zwangsläufigen Kriegswirtschaft stattfinden. Das hat ein Oldenburg-Januschew lange vor dem Hansabund gefordert. (Zurufe.) Wenn mir zugerufen worden ist, 'Pirat der öffentlichen Meinung', so protestiere ich entsetzt gegen einen solchen Vorwurf, der hier erhoben worden ist zu einer Zeit, als ich dem Hause nicht angehörte und als die Zensurverhältnisse eine öffentliche Verteidigung in der Presse verhinderten. — Die liberale Wirtschaftsordnung muß geschützt werden gegen einen phantastischen kulturzerstörenden Sozialismus. (Lachen bei den Sozialdemokraten. Bravo! rechts.)

Abg. Werner-Hersfeld (Deutsche Frakt.) tritt in längerer Ausführungen für einen energischen Schutz des Mittelstandes ein.

Abg. Albrecht (L. Soz.):

Im Kriege ist die Vernichtung von Mittelstandsbetrieben in viel härterer Weise fortgeschritten als im Frieden. Nun will man den vernichteten Mittelstand wieder aufbauen. Die hierzu geforderten Gelder würden verloren sein, denn mit ein paar hundert oder selbst ein paar tausend Mark kann eine Handwerkslehre heute nicht wieder aufgebaut werden. Die Kriegslieferanten haben in großer Zahl Daimlere getrieben. So hat die Gesellschaft Kupferberg-Gold bei nur 2 Millionen Grundkapital 1,95 Millionen Mark Gewinn in einem Jahre erzielt, außerdem aber noch ein Bankrott von 2,6 Millionen erworben. Und wie gehen diese Gesellschaften mit ihrem Riesengewinn gegen die kleinen Gewerbetreibenden vor! So zwingt das Zigarettenmonopol jeden kleinen Händler zur Unterschrist eines Reverses, wodurch er sich verpflichtet, jederzeit einem Vertrauensmann des Syndikats Einsicht in seine Bücher zu gewähren, um sich zu überzeugen, daß er nicht von einem Inhabersfremden Unternehmer Waren bezogen hat. In gleicher Weise geht das Kapital überall vor. Die von den Interessanten vorgeschlagenen Mittel und Mittelchen helfen den Handwerkern nicht, das kann nur geschehen durch eine vollständige Umwälzung des Produktionsystems, nur die sozialistische von und für die Gesellschaft betriebene Produktion kann all das Glend befestigen. (Verfall h. d. L. Soz.)

Abg. Kistor (L.) schildert eingehend die Notlage des Mittelstandes.

Das Haus verlagert sich.

Nächste Sitzung Freitag, nachm. 2 Uhr (Anfragen, Kleinere Vorlagen.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

Aus dem Hauptausschuß.

Eisenbahnetat und Sparsamkeitsdebatte.

Das Gesetz über die Kriegszugaben der Reichsbank wurde ohne Debatte angenommen. — Beim Etat der Reichseisenbahnen trat der Referent, Abg. Emmel, mit allem Nachdruck für eine

höhere Besoldung der Beamten und Angestellten

ein. — Minister v. Breitenbach versichert, daß alles geschehen solle, um eine Verbesserung der Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter zum 1. April herbeizuführen. Die nächste Zeit werde eine Reform der Besoldungsordnung bringen müssen. — Abg. Dr. Luard bringt das Reklamemonopol der Firma Hobbing zur Sprache. Der Vertrag mit Hobbing verschliefte geradezu die Gewinnquellen der Eisenbahnverwaltung. Dem Unternehmer hat man außerdem Frachtfreiheit und Gratisfahrten für sein Personal zugestanden. Für die ersten fünf Jahre ist eine Revision des Vertrages ausgeschlossen. Redner schildert dann eingehend auch die höchst bedauerlichen politischen Folgen eines derartigen Vertrages, die in der einseitigen Bevorzugung der „Norddeutschen Allgem. Ztg.“ zum Ausdruck kommen. — Minister v. Breitenbach verteidigt den Vertrag mit den gleichen Gründen, die er bereits im preussischen Landtag angeführt hat. — Abgeordneter Siecking würde es für unrichtig halten, wenn die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ mit diesem Vertrage gefördert werden sollte. — In der weiteren Debatte bringen Redner verschiedener Parteien noch Wünsche manniglicher Art vor. — Abg. Gothein trägt Klagen über den Wagenmangel vor. Die Neubestellungen von Wagen sind diesmal viel zu spät erfolgt und bei der Abnahme verfuhr die Verwaltung außerdem noch sehr rigoros. — Minister v. Breitenbach macht vertrauliche Mitteilungen über die Verkehrsverhältnisse in den Reichsländern. Die Verteuerung des Schnellzugsverkehrs ist momentan noch nicht zu beseitigen. — Der Etat wird bewilligt. — Einer Petition gegenüber, die für die Betriebe der Reichseisenbahnverwaltung die Einführung des achtstündigen Arbeitstages fordert, erklärt der Minister, daß unter den jetzigen Verhältnissen daran nicht zu denken sei.

Der Ausschuß setzte dann die

Sparsamkeits-Debatte

fort.

Abg. Gothein: Von einem industriellen Werk könne man nicht verlangen, daß es ohne Gewinn arbeiten solle. Wenn kostspielige Anlagen geschaffen werden müßten, dann war es gar nicht zu vermeiden, daß diese Aufwendungen bei Festsetzung der Preise mit in Rücksicht gezogen werden müßten. Heute sind solche Aufwendungen nicht mehr zu machen, deshalb rechtfertigt sich eine Herabsetzung der Preise. Die Werke werden zwar etwas lächeln, aber sie werden sich darauf einrichten. Nicht vergessen darf werden, daß die Kriegsgewinnsteuer doch einen großen Teil der Gewinne stark erhöht. Deshalb möge man von einer Verdrückung absehen. Die Daimler-Werke haben trotz ihrer hohen Gewinne tatsächlich billiger geliefert, als wie andere Werke hätten liefern können. Beim Kriegsgewinnsteuern sind gegenwärtig 478 Offiziere beschäftigt. Die Tätigkeit dieses Amtes ist geradezu unheilvoll.

General v. Couperie teilt dann vertraulich die Preise der Weichse mit, ähnliche Angaben machte Kapitän Weisinghaus für die Rarine.

Die Beratungen wurden dann auf Freitag verlagert.

Abgeordnetenhaus.

Auseinandersetzung mit den Scharfmachern.

In der Donnerstagssitzung des Abgeordnetenhauses wurde die Beratung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung zu Ende geführt. Unser Genosse Leinert nahm die Gelegenheit wahr zu einer gründlichen Schlussrede mit den Herren Dr. Koettger und Hammer einerseits und dem Handelsminister andererseits. Die Phrase des neugewählten Vorsitzers der Unternehmer, daß er und die konservative Partei das „Selbstbestimmungsrecht“ der Arbeiter gegenüber dem „Terrorismus“ der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften verteidigen müßten, wurde an der Hand des wirklichen Terrorismus zahlreicher Unternehmerorganisationen gegenüber den Gewerkschaften in die gebührende Beleuchtung gerückt. Im übrigen beantwortete unser Redner die Hege der Koettger und Konforten gegen die Arbeiterorganisationen mit dem sehr berechtigten Hinweis darauf, was wohl aus Deutschland in diesem Kriege geworden wäre ohne die Gewerkschaften, ohne ihr Eintreten für die Landesverteidigung, ohne ihre unermüdete Mitwirkung bei der Umstellung unserer Industrie auf die Bedürfnisse der Kriegswirtschaft. Nicht minder berechtigt aber war Leinerts Mahnung an die Arbeiter, aus dieser Hege der Rechten die Lehre zu ziehen, nun erst recht ihre politischen und gewerkschaftlichen Organisationen zu stärken, um den sich gerade in dieser Hege bereits ankündigenden schweren Kämpfen einer nahen Zukunft gewachsen zu sein.

Ebensovienig schenkte unser Redner dem Minister. Dessen völlig irreführenden und gemeinschädlichen Behauptungen über die Stellung der sozialdemokratischen Presse zu Elsass-Lothringen stellte Leinert die jedem politischen ABC-Schützen geläufige Wahrheit gegenüber, daß es für die gesamte deutsche Sozialdemokratie eine elsass-lothringische Frage internationalen Charakters überhaupt nicht gibt.

Die Antwort des Ministers war sehr schwach. Ihm war wohl inzwischen von anderer Seite klargemacht worden, welchen großen Unfug er da in all seiner Ahnungslosigkeit angerichtet hatte und so versuchte er es, sich auf ein angebliches „Missverständnis“ herauszureden.

Nach diesen Auseinandersetzungen begann das Haus mit der Beratung des Finanzetats. „Abfurd“, so erklärte der Minister zur Verhöhnung der Kapitalisten, sei die Verfürchtung, es werde nach Friedensschluß zu so starken Besitzsteuern kommen, wie man in der Deffentlichkeit vielfach behauptet habe.

Abg. Leinert (Soz.) führte aus: Die Ausführungen des Abg. Koettger waren höchst interessant. Ausgeredet er trat für das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter ein, allerdings für das freie Selbstbestimmungsrecht gegenüber den Organisationen! Dabei reißt der Zwang der Arbeiterorganisationen lange nicht heran an den Zwang, den z. B. der Stahlwerksverband oder der Zentralverband Deutscher Industrieller gegen widerspenstige Mitglieder ausüben. Aus dieser Feindschaft gegenüber den Gewerkschaften kommt Herr Koettger auch zu der Forderung, daß § 153 der Gewerbeordnung nicht aufgehoben werden dürfe, denn dieser Paragraph richtet sich gerade gegen die gewerkschaftlichen Organisationen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wo sind die Fälle, in denen dieser Paragraph einmal gegen einen Arbeitgeber angewendet worden ist? Gerade diese verschiedenartige Handhabung charakterisiert den

§ 153 als ein der infamsten Ausnahmestücke

gegen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber auf einem solchen Standpunkt steht, darf sich nicht als Freund des Selbstbestimmungsrechts der Arbeiter aufstellen. Aus dem gleichen Gedanken heraus kommt Herr Koettger zu einer Ablehnung von Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes, die zum Zweck haben, zu verhindern, daß die Arbeiter der Militär- und Unternehmer ausgebeutet sind. Wie notwendig diese Bestimmungen sind, geht aus einer Vereinbarung des Verbandes Berliner Metallindustrieller hervor, in dem die allergrößten Betriebe vertreten sind, und die dahin geht, die Angestellten daran zu hindern, in einem anderen Betrieb zu höheren Löhnen eine Stellung anzunehmen. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Angeblich geschieht dies, um zu verhindern, daß die Löhne der Mühsam- arbeiter allzu hoch steigen. Was hat aber eine ähnliche Bestimmung nicht für nötig gehalten, damit die Dividenden nicht allzu sehr in die Höhe gingen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Koettger hat sich dann tendenziös mit der Mitgliederzahl der Gewerkschaften beschäftigt und von einem starken Rückgang gesprochen. Er verweist dabei ganz die Tatsache, daß wir uns im Kriege befinden und daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter einen großen Teil der Kriegsteilnehmer bilden. Die Gewerkschaften haben seit 1916 über 250 000 Mitglieder gewonnen, ein Zuwachs von rund 16 Proz. Was Herr Koettger sonst noch gesagt hat, war das bekannte Programm der Unternehmerverbände unter Führung des Zentralverbandes Deutscher Hochindustrieller, das wir von der letzten Tagung der Arbeitgeber her so kennen. Der Zusammenschluß der Arbeitgeber soll noch weiter gestärkt und Streikklausein und Streikverhinderungen in noch größerem Umfang abgeschlossen werden. Auf die Preise will man noch härter als jetzt einwirken. Es hängt es beim Selbstverständnis, daß diese Tagung sich aus gegen eine Fortführung des Arbeiterschutzes ausgesprochen hat, daß man von Schandvorwürfen gegenüber den Frauen und der Jugendlichen nichts wissen will. Müßlicherweise haben sich die Gewerkschaften im Kriege als harmlose Organisationen gezeigt und sie werden auch diesen Kampf nach dem Kriege mit Erfolg bestehen. Ohne die Arbeiterorganisationen hätte der Krieg überhaupt nicht geführt werden können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Koettger aber will ruhig zusehen, was unter Mitwirkung der Gewerkschaften während des Krieges geschaffen worden ist. Herr Koettger erinnerte an das Kaiserreich in Völsfeld und Leinhausen und verlangte seine Gründung. Er rief dann die Erinnerung wach an die Kampfe um die Zucht- hausreform mit ihrer wüsten Hege gegen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Wahrhaftig, es ist die allerhöchste Zeit, daß die Konservativen im Landtag und in der Verwaltung so begünstigt werden, daß ihr völsfeldischer Geist aus der Deffentlichkeit verdrängt wird. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Arbeiter draußen in den Schützengräben die Sehnsucht des Herrn Koettger nach einer Zuchtshausreform haben, sie werden sich recht selbstlos Vertrauen zur Sozialdemokratie fassen, denn sie geben ihr Mut nicht her.

um unter Zuchtshausregeln zurückzuführen.

(Unruhe rechts.) — Gegenüber dem Minister, der gesagt hat, daß man in England eine ganz andere Auffassung von der Kriegsführung habe, als sie bei den deutschen Arbeitern vorhanden wäre, muß doch festgehalten werden, daß die Weisheit nicht gesagt hat, als daß der Kapitalismus den Krieg mit entfesselt hat. Und

wenn der Minister auf England verwiesen hat, um England gegen uns auszuspielen, so sei doch gesagt, daß die englischen Arbeiter die Abschaffung des Militarismus in allen Ländern und die volle Wiederherstellung der Freiheit und Unabhängigkeit aller Völker und unterdrückten Nationalitäten verlangt haben. Diese Forderungen vertreten auch wir. Das Elsass-Lothringen angeht, so haben die englischen Arbeiter auf einem Kongreß den Standpunkt vertreten, daß Elsass-Lothringen allerdings zurückgegeben werden müsse. Aber gerade gegen diesen Beschluß sind wir aufgetreten und, um alle Zweifel auszukurieren, stelle ich noch einmal fest: für die deutsche Sozialdemokratie gibt es keine elsass-lothringische Frage, über die wir mit dem Auslande zu verhandeln hätten. Elsass-Lothringen gehört zu dem Deutschen Reich, und kein Sozialdemokrat hat über diese Frage jemals eine auch nur abweichende Erklärung abgegeben. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Gerade weil wir uns von Anfang an in diesem Kriege auf den Standpunkt gestellt haben, das Vaterland mit allen Mitteln zu verteidigen, müssen wir und gegen jede Willkür wehren. Zum Vaterland gehört auch Elsass-Lothringen, das von jedem deutschen Arbeiter ebenso verteidigt wird, wie seine Heimatshalle in irgendeiner Stadt oder Dorf. (Sehr gut! h. d. Soz.)

Die Vorredner haben die Wiedereinführung des freien Handels gefordert. Wir glauben nicht, daß nach dem Frieden der freie Handel so wieder eingeführt werden kann, wie es vor dem Kriege der Fall war. Die Zwangswirtschaft mag noch so unangenehm empfunden werden: ohne die Zwangswirtschaft wären die Preise ins Ungemessene gestiegen und die Arbeiter wären verhungert. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Auch wir hoffen, daß ein wirtschaftlicher Frieden uns alle notwendigen Rohstoffe bringen wird, denn davon hängt die ganze deutsche Volkswirtschaft ab. Die Rohstoffbeschaffung ist aber nur gesichert, wenn wir uns mit den Ländern, von denen wir dabei abhängig sind, verständigen. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Der Landwirtschaft kann es an sich gleichgültig sein, ob der Frieden ein Gewaltfrieden oder ein Verständigungsfrieden sein wird. Für die Industrie und die Arbeiter ist das nicht gleichgültig, für sie ist der Wirtschaftsfrieden von ungeheurer Bedeutung. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Nicht freier und ungehindeter Kapitalismus ist es, den wir für das Wirtschaftslieben erstreben, sondern ein wohlthätig wirkender, wie die Interessen der Gesamtheit berücksichtigender Sozialismus. Das ist das Ziel, das wir erstreben und das nach dem Kriege verwirklicht werden muß. (Leb. Beifall h. d. Soz.)

Stadtverordnetenversammlung.

Vorsteher Wischke eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr mit einem Nachruf für den verstorbenen früheren Stadtrat Stadialtesten Friedel.

In den Ausschuß betr. Gewährung von Teuerungszulagen an die Bureauhilfskräfte sind u. a. auch die Stadttv. Bräuker, Glöde und Koblentz (Soz.) gewählt worden.

Die Etatsüberschreitungen im Haushalt der städtischen Elektrizitätswerke Berlin in den Jahren 1916 und 1917 hat der Ausschuß mit 15 1/2 Millionen im Ordinarium, 1 1/2 Millionen Mark im Extraordinarium zur Genehmigung empfohlen.

Stadtv. Dr. Rosenfeld (Unabh. Soz.) moniert, daß die Direktion der Werke es seinerzeit abgelehnt hat, mit dem Gemeindebeververband zu verhandeln und verlangt, daß dieser überlebte Standpunkt endlich aufgegeben werde. Sodann macht er geltend, daß keine Fraktion auch in der betreffenden Deputation vertreten sein wolle. Sie beantragt daher eine entsprechende Vermeerung der Mitgliederzahl, um eine Vertretung zu erlangen.

Stadtrat Frank: Der Magistrat mißbilligt den Standpunkt der Direktion.

Die Stadttv. Cassel (L.) und Rommsen (Fr. Fr.) erklären sich gegen den Antrag Rosenfeld. Der Antrag wird abgelehnt, die Ueberfahrungen werden genehmigt.

Den vom Magistrat geplanten Maßnahmen zur Vinderung der Mäbelnot hat der Ausschuß zugestimmt und empfiehlt die Bewilligung des zunächst in Höhe von 600 000 M. dafür beantragten Kredits.

Die Versammlung tritt den Ausschlußvorschlägen bei.

Der anderweiten Festsetzung der Grundätze für die Berechnung des Wassers der eigenen Anlagen der Stadt soll nach dem Antrage des betreffenden Ausschusses zugestimmt werden; die Erhöhung des Wasserpreises von 15 auf 17 1/2 Pf. pro Kubikmeter hat der Ausschuß dagegen abgelehnt.

Stadtv. Mann (Soz.) tritt für die Erhöhung ein. Es müßte sonst zu einer Steuererhöhung gezwungen werden. Von einer „ungeheueren“ Mehrbelastung der Bevölkerung habe der Kollege Dr. Wehl gesprochen; das könne man, gelinde gesagt, nur als Demagogie bezeichnen; warum habe man nicht früher, den Wasserpreis heruntergesetzt, als die Werke noch große Ueberflüsse brachten. Das sei aber auch Herrn Dr. Wehl damals nicht eingefallen. In Zukunft sei auf erhebliche Ueberflüsse nicht zu rechnen.

Stadtv. Dr. Wehl (L. Soz.): Der Vorwurf der Demagogie gerade aus dem Munde des Vorredners läßt mich sehr gleichgültig. Unsere sachlichen Gründe haben im Ausschuß seinen engeren Kollegen Gwald veranlaßt, mit uns zu stimmen. Es gilt auch, einer Steigerung der Mieten entgegenzuwirken.

In der weiteren Debatte legen sich die Stadttv. Mann und Dr. Wehl nochmals auseinander.

In namentlicher Abstimmung wird schließlich der Ausschuh Antrag auf Ablehnung der Erhöhung mit 73 gegen 34 Stimmen verworfen; die Erhöhung von 15 auf 17 1/2 Pf. wird beschlossen.

In gemeinsamer Sitzung beider städtischer Körperschaften findet sodann die Ergänzungswahl für die ausgeschiedenen Vertreter und ihre Ersatzmänner in die Zweckverbandversammlung statt.

Darauf erfolgt die Einbringung des

Stadthaushaltsdetails für 1918

durch den Kammerer Böß. Nach vorläufiger Ermittlung werde im laufenden Jahr die Ueberführung des Anfalls 34 Millionen Mark betragen. Die Jinsen für die Kriegsauswendungen hätten bereits die Höhe von 12 Millionen erreicht. Der Einkommensteuerzuschlag gebe auf 190 Proz. hinauf. Das Kriegsvorschußkonto müsse zunächst bald entlastet werden. Das Anwaschen der Ausgaben liege vornehmlich an der anhaltenden Teuerung, sodann am Verlagen der Werke und an der Notwendigkeit weiterer Teuerungszulagen, der Finanzbedarf könne auf Ueberflüsse nicht mehr zurückgreifen, im Gegenteil müsse man für 1918 von vornherein mit einem Defizit bei den Werken rechnen. Die Veranlagung der Gewerbe- und Einkommensteuer scheine sich sehr günstig anzustellen; es wird mindestens derselbe Ertrag wie 1917 zu erwarten sein. (Zurufe: Viel mehr!) Der Abschluß von 1918 wird keinen Ueberflus, aber auch kein Defizit ergeben. Der Haushalt für 1918 ist nicht unter 190 Proz. Zuschlag ins Gleichgewicht zu bringen. Ein großzügiges Finanzprogramm für die Kommune läßt sich heute nicht aufstellen. Die Werke werden künftig mehr als bisher zur Deckung des Finanzbedarfs beitragen müssen. Von den kommenden neuen Reichsteuern wird den Kommunen Unzuverlässigkeit ein Teil zur Verfügung gestellt werden, als Ausgleich für die großen Opfer, die die Städte im Kriege andauernd haben bringen müssen. Ueberaus günstig stellt sich die Entwicklung der Sparkasse dar, deren Einlagen heute 570 Millionen erreicht haben. Der sog.

Laftenausgleich ist durch die Provinz plötzlich verblüffend einfach herbeigeführt — das wahre Ei des Kolumbus! Diese Art des Ausgleichs wird in Westfalen nur zu einer starken Kräftigung des **Groß-Werker** Gedankens beitragen! (Weisfall.)

Stadtv. Gassel: Der Kammerer hat doch zu sehr grau in grau gemalt. Die Erhöhung von 190 Proz. halten wir durchaus nicht für nötig. Die **Junahme** der Erträge der Gewerbe- und Einkommensteuer ist so groß, daß wir vielleicht mit 100 Proz. auskommen können. Daß 1918 keinen Ueberschuß ergeben haben soll, ist mir höchst überraschend, nach den Nachrichten aus unseren Bureau soll er 17 Millionen betragen. Charlottenburg hat sich gestern auf 180 Proz. zurückgezogen, da wäre es verhängnisvoll, wenn Berlin darüber hinausginge und damit der Abwanderung Tür und Tor öffnete. Mit 170, höchstens 175 Proz. wird der Etat zu balanzieren sein.

Stadtv. Dr. Weyl: Um den kommunalpolitischen Aufgaben gerecht zu werden, brauchen wir ein kommunalabgabengesetz, das progressive Zuschläge zur Einkommens- und Vermögenssteuer zuläßt. Wir stehen auf dem Boden der Inkommunalisierung der Bezirke und bedauern den durch die Provinz Brandenburg so plötzlich geregelten Laftenausgleich. Das heranwachsende Geschlecht wird vom Etat längst nicht pfleglich genug behandelt. Die Volksgesundheit hat arg gelitten; die Badeanstalten sind noch immer fast alle geschlossen, die Müllabfuhr hoch. Die Straßenbeleuchtung zu verbessern hätte die Stadt alle Kräfte und das Oberkommando entsprechend zu befähigen, denn im Schutze der Dunkelheit vollziehen sich jetzt die Einbrüche und Diebstähle. Mit der Erhöhung der Löhne und Gehälter muß angesichts der Teuerung und des strengen Sinkens des Geldwertes fertiggefunden werden. Ueber die Massenpeinigung haben sich in der letzten Zeit, gerade nach der Preisermäßigung, schwere Klagen erheben lassen. Wir werden prüfen und werden auch die 190 Proz. bewilligen, wenn wir erkennen, daß das Mehr für Kulturaufgaben Verwendung finden soll, die schon in der Ueberschusszeit erfüllt werden mußten.

Stadtv. Mommsen (Fr. Fr.): Die Gas- und Elektrizitätswirtschaft, die Berlin gewonnen hat, hat sich als durchaus verkehrt erwiesen. Nach dem Kriege wird mindestens zum gemeinschaftlichen Betrieb überzugehen sein. Die Ausdehnung des städtischen Eigenbetriebes muß ganz besonders gründlich überlegt werden. Die Anlässe der Gewerbe- und Einkommensteuer sind wirklich sehr vorzüglich, beide Steuern können höher angesetzt werden; ob über dem noch 190 Proz. brauchen, wird sich zu zeigen haben. Der Krieg, den wir stetig überleben werden, wird gefählig um den freien Handel, und die, die ihn bei uns zu Hause vorzuschlagen wollen, machen sich damit nur lächerlich. Laßt man vor allem den Gedanken fahren, den Großhandel auszuscheiden!

Stadtv. Witter (Soz.): Die Pensionen unter 3000 M. hätte man im Kriege von der Einkommensteuer frei lassen sollen; dann würden nicht solche Missetate oder Rückstände, nämlich 5½ Millionen Mark zu beklagen sein. Unter den Pensionen befinden sich auch viele Kriegerverwundene. Ob die Gemeinden von der beschriebenen Zuweisung der untersten Steuerstufen großen Vorteil haben werden, ist sehr zu bezweifeln. Die Kriegswirtschaft und die Lebensmittelpolitik findet im „Etat“ überhaupt keine Stelle und wann soll darüber Rechnung gelegt werden? Den Wohnungsmangel Raumens über die Großstadtlichkeit des freien Handels vernachlässigen wir nicht zu folgen. Ueber das Ereignis des Tages, den Bier-Millionen-Laftenausgleich der Provinz und über die neue Fehdeanlage des Herrn v. Loebell in Berlin ist man heute hier rasch hinweggegangen. Wir legen dagegen energischen Protest ein; gerade die Arbeiterschaft hat an einem einheitlichen Groß-Berlin das allergrößte Interesse. — Die Lohnverhörungen für die Arbeiter in Berlin haben mit der Steigerung der Preise für Lebensmittel und Kleidung u. a. nicht Schritt gehalten; es geht nicht an, mit diesen Erhöhungen Schritt zu machen. Der Arbeitsvertrag muß korporativ abgeschlossen und bei Lohnverhörungen muß mit den Organisationen verhandelt werden. Erfreulich ist auch für uns die Uebertragung der Vampolizei. Dem Wohnungswesen ist ganz besondere kommunale Aufmerksamkeit zu widmen, zumal der Herstellung von Kleinwohnungen. Die Anlagen Kommens gegen unsere Gaswerkverwaltung sind hiesig; auch ist die kurzfristige Kollid, die im Vorjahre zur Ablehnung des Ankaufs der Kohlenwerke führte. — Nebenher berührt dann noch die Verhörungen des Gewerbe- und Kaufmannsgerichtes und die Rechtschaffen der Unternehmerverbände zur Reformierung des § 9 des Händelgesetzbuches.

Der Etat geht hierauf an einen besonderen Staatsauschuß.

Groß-Berlin

Der Berliner Etat.

„Mager“ nannte den Berliner Stadtetat der Kammerer Böhm, als er gestern in der Stadtverordnetenversammlung ihm seinen Segen mit auf den Weg der Etatsberatung gab. Aber gesund und fest wie ein Feldbauer sei dieser Etat ungeachtet der schlechten und kühneren Zeiten, die der Krieg uns gebracht hat. Trotz aller Magerkeit werden zur Balanzierung des Etats 190 Proz. Einkommensteuerzuschlag gefordert, weil infolge der Teuerung die Werke keine Ueberschüsse abwerfen. Diese Erhöhung des Steuerzuschlages, der bisher 160 Proz. betrug, spielte in den Ausführungen der Redner aller Fraktionen eine Rolle. Genosse Ritter, der Redner der sozialdemokratischen Fraktion, bezeichnete es als nur gerecht, wenn in der Kriegszeit die kleinen Einkommen bis zu 3000 M. überhaupt von der Gemeindeeinkommensteuer freigelassen würden. Die allgemeine Debatte der Etatsberatung endete erst nach 10 Uhr mit Einlegung eines Ausschusses.

Reisegebühren im Vorortverkehr. Die Beförderung und Abfertigung von Reisegebühren im Groß-Berliner Vorortverkehr der Staatsbahnverwaltung wird auch nach dem am 1. April in Kraft tretenden neuen Tarif mit Fahrkarten 3. Klasse zulässig sein. Für jedes Etüd Gepäck ist ohne Unterschied des Gewichtes eine Fahrkarte 3. Klasse für Erwachsene zu lösen. Für die Beförderung von Fahrkarten in im Vorortverkehr wird die Gebühr von 80 auf 40 Pf. erhöht.

Fachklassen für Maschinenschreiben und Kurzschrift. Der Berliner Magistrat teilt mit: Zur Ausbildung von Maschinenschreiberinnen werden mit Beginn des Sommerhalbjahres an drei Wahlfortbildungsschulen für Mädchen Fachklassen für Maschinenschreiben und Kurzschrift eingerichtet und zwar: Johanniterstr. 8, Unterrichtszeit von 8—1 Uhr vormittags, Langestr. 76, Unterrichtszeit von 2—7 Uhr nachmittags, Hochstr. 48, Unterrichtszeit von 2—7 Uhr nachmittags. Die Klasse hat 26 Wochenstunden Unterricht, nämlich: 12 Stunden Maschinenschreiben, 12 Stunden Kurzschrift, 2 Stunden Deutsch (Rechtschreibung und Zeichenlegung). Der Kursus dauert ein halbes Jahr. Das Schulgeld beträgt 50 M., das auf Wunsch in zwei Teilzahlungen zu Beginn des Kurses und am 1. Juli entrichtet werden kann. Es werden nur Schülerinnen aufgenommen, die mindestens das Ziel der Gemeindeschule erreicht haben und eine ausreichende Befähigung im Deutschen durch eine besondere Prüfung nachweisen. Künftige Schülerinnen werden vorzugsweise berücksichtigt werden. Ueber den erfolgreichen Besuch der Fachklasse wird ein besonderes Schulzeugnis ausgestellt. Anmeldungen in den genannten Schulen wochentags (außer am Sonnabend) von 4—5 Uhr nachmittags.

Befreiungen im Postverkehr. Für die Zeit vom 24. bis einschließlich 30. März werden zur Beförderung unter Wertangabe von Privatpersonen nur solche Pakete angenommen, die — abgesehen von den den Inhalt betreffenden Mitteilungen — ausschließlich bares Geld oder Wertpapiere, Akten, Gold, Silber, Edelsteine oder daraus gefertigte Gegenstände enthalten. — Das Verlangen der Silberstellung

ist für die bezeichneten Tage bei gewöhnlichen Paketen, die von Privatpersonen herühren, nicht zugelassen.

Bestandsmeldung von Drogen. Für Drogen und Erzeugnisse aus Drogen besteht eine Verpflichtung zur Meldung. Diejenigen Drogen und Erzeugnisse aus Drogen, die beim Beginn des 15. März bei den meldepflichtigen Personen vorhanden sind, sind bis zum 1. April an die Regionalabteilung des Königlich-kriegsministeriums, Leipziger Platz 17, zu melden. Bei Unterlassung der Meldung ist gegebenenfalls strafrechtliche Verfolgung zu erwarten.

Die Lichtspiele Neue Philharmonie, Cöpenicker Str. 96/97, bringen vom 15. bis 21. März zwei Uraufführungen, und zwar ein Detektivdrama von Paul Rosenkranz „Die schwarze Kugel“ und ein Drama aus der Hofoperzeit „Der Glänzling“ von Frau Professor Dr. Fernow.

„Söhne ahnbarer Eltern“. Zu den von uns bereits mitgeteilten Gerüchten über die Friedländer Postdiebstähle wird jetzt gemeldet: Auf dem Postamt in Friedland verständiglich auf räthelhafte Weise ein Geldbrief über 2000 Mark. Trotz eingehender Nachforschungen gelang es zunächst nicht, den Verbleib der Sendung aufzuklären. Schließlich lenkte sich der Verdacht, den Geldbrief beiseite gebracht zu haben, auf einen 17jährigen beurlaubten Schüler, der auf dem Postamt seit einiger Zeit beschäftigt wurde. Der Verdächtige leugnete zuerst die Tat entschieden, gab dann aber zu, die Wertsendung unterschlagen zu haben, und zwar mit Wissen eines anderen Schülers. Bei einer Durchsuchung in der Wohnung des Beschuldigten wurde sowohl der Geldbrief vorgefunden wie auch mehrere Feldpostpakete, die ebenfalls unterschlagen hatte. Beide Schüler, Söhne angesehenen Eltern, wurden festgenommen und werden sich demnächst wegen der Straftat zu verantworten haben.

Verständlicherweise werden in dieser Meldung die Namen der jugendlichen Missetäter nicht genannt. Es wäre zu wünschen, daß dieselbe partei Rüksichtnahme auch in allen den Fällen geübt würde, wo es sich um Söhne oder Töchter weniger „angesehener“ Eltern handelt.

Berichtigung. Zu unserer Notiz über die Verhaftung des Güterdirektors Ahrends Nr. 60 des „Vorwärts“ teilt das erwähnte Redaktionsmitglied Gertrud Göbel mit, daß ihr eine Beteiligung an den Straftaten des Verhafteten nicht zur Last gelegt werde und daß sie nicht unter falschem Namen in der Turiner Str. 3 gewohnt habe.

Charlottenburg. Stadtverordnetenversammlung. Die Sitzung wurde eröffnet durch die Referate über die einzelnen Kapitel des Etats, die dann ohne wesentliche Debatte unverändert nach den Beschlüssen des Staatsauschusses angenommen wurden. Die wesentlichste Aenderung, die der Staatsauschuß an dem Vorschlage des Magistrats vorgenommen hat, ist die Festsetzung des Zuschlages zur Einkommensteuer auf 180 Proz. statt 190 Proz. Dieses Ziel wurde einmal durch keine Abstriche an den Ausgaben und geringe Herausforderungen der Einnahmen, vor allem aber dadurch erreicht, daß die zu erwartende Steuereinnahme auch bei 180 Proz. ebenso hoch eingelegt wurde, wie sie der Magistrat bei 190 Proz. eingelegt hatte. Ob dieser Optimismus hinsichtlich der zu erwartenden weiteren Steigerung der steuerpflichtigen Einkommen sich erfüllen wird, muß abgewartet werden. Vorichtig war jedenfalls die Schätzung des Magistrats. Die Einkommensteuer soll aber keine Ueberschüsse ergeben, sondern dem Ausgleich der Bedürfnisse der Kommune dienen. Man kann daher nach der Entwicklung der letzten Jahre die Hoffnung haben, daß die Schätzung der Stadtverordneten durch die Wirklichkeit nicht Lügen gestraft werden wird. — Weit bedenklicher ist das zweite Mittel, durch das die Festsetzung des Steuerzuschlages auf 180 Proz. erreicht wurde. Die Kriegsteuerungszulagen und Kriegslohnzuschläge sind in Charlottenburg bisher auf Vorzahlkonto genommen und nicht im ordentlichen Etat erschienen, wodurch die Schuldenlast der Stadt ungemein gewachsen ist. Zu Beginn des Krieges, als man noch hoffte, es handle sich hier um eine einmalige oder allenfalls zweimalige Ausgabe, die im Frieden wieder verschwinden und die dann zu einem großen Teile der Staat oder das Reich übernehmen werde, war eine solche Finanzgebardung völlig gerechtfertigt. Seitdem die Teuerung aber eine anhaltende geworden ist und seitdem man weiß, daß sie auch nach dem Friedensschluß sicherlich nicht verschwinden wird, muß man mit diesen Ausgaben als laufenden rechnen. Der Magistrat hatte sie deswegen jetzt zum ersten Male in den ordentlichen Etat eingelegt. Der Staatsauschuß erkannte die Richtigkeit dieses Prinzips an, wollte aber unter allen Umständen mit dem Steuerzuschlag nicht über 180 Proz. hinausgehen. Deshalb verfiel er auf den Ausweg, diese Teuerungszulagen und Lohnzuschläge nur zu einem Teil auf den ordentlichen Etat zu übernehmen, zu einem sehr erheblichen Teil aber weiter auf Vorzahlkonto zu nehmen. Unsere Genossen bekämpften diese Finanzgebardung im Ausschuß auf das Schärfste und verlangten die Einmischung der gesamten im Etatsjahre 1918 zu erwartenden Ausgaben in den Etat, selbst wenn der Steuerzuschlag dadurch auf 185 Proz. hätte steigen müssen. Die Finanzgebardung des Ausschusses, die damit begründet wurde, daß die Höhe der zu erwartenden Teuerungsausgaben noch nicht feststehe, ist eine ganz ungenügende Schuldenwirtschaft. Die Mehrheit blieb aber den 180 Proz. zuliebe bei ihrem Willen und das Plenum trat, wie schon gesagt, diesem Beschlusse bei.

Spandau. Lebensmittel. Der Verkauf der städtischen Butter auf Butterabschnitt 1 der neuen Lebensmittelkarte beginnt heute, der Verkauf der städtischen Margarine am Sonnabend. — In einer Anzahl von Geschäften in den Stadtteilen Altstadt und Stresow sind noch Derringe auf Feld 51 erhältlich.

Lichterfeste. Aus der Gemeindevertretung. Vor Eintritt in die Tagesordnung der letzten Gemeindevertreterversammlung erfolgte die Einführung des zweiten Schöffens Dr. Fuchs. Sodann wird ein Antrag aus der Mitte der Versammlung behandelt, ein Ortsstatut zu erlassen, durch welches die völlige Sonntagsruhe im Handelsgewerbe — mit Ausnahme der Lebensmittelgeschäfte — durchgeführt werden sollte. Als geeignete Grundlage zu diesem Ortsstatut wurde die Eingabe des Zentralverbandes der Handlungsgesellschaften vom 26. Oktober 1917 an die Gemeinde bezeichnet. Bürgermeister Frohm erklärte, diese Sache sei die Tagesordnung der nächsten Sitzung setzen zu wollen. Dem Ortsauschuß für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen wurde zur Unterstützung bedürftiger Kriegshinterbliebener die Summe von 6000 M. bewilligt. Weigerordneter Lange und einige Gemeindevertreter äußerten Bedenken, daß wegen dieser Vorteile Kriegerverwundene zuzuleiden könnten; es wurde darauf hingewiesen, daß ein solcher Zugzug unmöglich sei, wegen absoluten Mangels an Wohnungen.

Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war wohl die Bewilligung von Mitteln zu Vorarbeiten für das Kleinwohnungs-wesen. Dazu stellt Bürgermeister Frohm zunächst die Tatsache fest, daß der Mangel an Wohnungen jeder Größe in Lichterfelde besonders groß ist. Gemeindevortr. Höpfer stimmt der Vorlage zu und wünscht, daß die Gemeinde in der Siedlungsfrage vorangehen möge; sie sei ausschlaggebend für die Entwicklung der Vororte. Gemeindevortr. Berner, Vorsitzender des örtlichen Vereins der Vaterlandspartei, warnte die Gemeinde davor, zu viel zu bauen, da sonst die Grund- und Hausbesitzer nicht auf ihre Kosten kommen. Er hält es für weit besser, wenn die Gemeinde den Hausbesitzern Hypotheken besorgt, als daß sie selbst Häuser baut! — Der geforderte Betrag von 10000 M. wurde bewilligt.

Treptow. 170 Proz. Zuschlag. Ebenso wie Tempelhof will die Gemeinde Treptow, die jetzt zu den steuerkräftigsten Gemeinden des Kreises Keltow gehört, den Zuschlag zur Einkommensteuer auf 170 Prozent erhöhen. Treptow erhebt gegenwärtig 160 Prozent, Tempelhof 150 Prozent. — Die Gemeinde Wannsee hat vorläufig

den bisherigen Zuschlag von 110 Proz. in den Vorschlag für 1918 eingestellt.

Reinickendorf. Die Gemeindevertreterwahlen für die 3. Klasse finden am kommenden Sonntag, den 17. März, und für die 2. Klasse am Montag, den 18. März, statt. Sie stehen diesmal im Zeichen des Wahlkampfes zwischen den Sozialdemokraten und den Unabhängigen. Dieser Wahlkampf konnte vermieden werden. In der sozialdemokratischen Fraktion der Gemeindevertretung haben bisher die Vertreter beider Parteien sich einmütig und mit unangenehm großer Energie im Interesse und zum Nutzen der Arbeiterschaft Reinickendorfs, zufolge Ablaufs ihrer Wahlzeit scheiden in diesem Jahre drei Vertreter der 3. Klasse aus, und zwar ein Sozialdemokrat (Genosse Schönborg) und zwei Unabhängige (Selle und Goeride). Die Fraktion beschloß, den Arbeiterorganisationen zu empfehlen, im gemeinsamen Wahlkampf die Wiederwahl der bisherigen Gemeindevertreter der 3. Klasse zu sichern und den diesmal ausfallenden Versuch zu machen, die ausfallenden bürgerlichen Vertreter der 2. Klasse durch sozialdemokratische Arbeitervertreter zu ersetzen.

Die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion billigten diesen Vorschlag. Aber die Vertreter der Unabhängigen lehnten ihn ab. Sie sind daran schuld, daß es auch bei der Gemeindevertreterwahl zu einem die Interessen der Arbeiterschaft schädigenden Wahlkampf gekommen ist!

Die Gründe, die sie für ihre ablehnende Haltung angeben, sind die allbekannten, dem Vorschlage der „Unabhängigen“ entnommenen Verwahrungen: die sozialdemokratischen Gemeindevertreter, die nicht „unabhängig“, d. h. nicht Mitglieder der unabhängigen Wahlvereine sind, haben die Interessen der Arbeiter „verraten“ und daß, obwohl die aus ihren Reihen hervorgegangenen Gemeindevertreter stets den Fraktionsbeschlüssen zugestimmt und niemals weitergehende Anträge gestellt haben, also die Tätigkeit der Sozialdemokraten in der Gemeindevertretung voll und ganz billigten. Oder haben auch sie sich des Verrats an „Arbeiterinteressen“ schuldig gemacht? Dann haben die „Unabhängigen“ doch wahrlich kein Recht auf ihr blankes Ehrenschild zu pochen und sich für Kandidaten zu verbürgen, die sie auf ihren Schild erheben.

Die sozialdemokratischen Kandidaten sind am Sonntag im 1. Bezirk (Westen) der Gastwirt Heinrich Schiller und im 2. Bezirk (Mitte) der Buchhalter Karl Schönborg. Im 3. Bezirk (Osten) fordern wir unsere Wähler auf, für den Hausgentümer Gehwitz Goeride zu stimmen. Sozialdemokratische Kandidaten für die 2. Klasse (am Montag) sind die Genossen Treber Gustav Schaff und der bisherige Gemeindevertreter Genosse Karl Schönborg.

Zeigel. Lebensmittel. Vom Sonnabend ab können in den besaglichen Geschäften auf Abschnitt 12 der neuen Lebensmittelkarte ein Ei zum Preise von 43 Pf., 100 Gramm Graupen zum Preise von 8 Pf., 1/2 Pfund Kunsthonig zum Preise von 38 Pf. entnommen werden.

Cöpenick. Die Ausgabe der Mischkarten für Kranke, die nach dem Genehmigungsschreiben des Magistrats auch nach dem 31. d. M. Anspruch auf Misch haben, findet am Freitag und Sonnabend von 9 Uhr morgens bis 2 Uhr nachmittags in der Abteilung für Kranken-ernährung, Schloßstr. 27—28, im Erdplan, statt.

Kreis Niederbarnim. Die Auserkung der Richtschnurjahre ist jetzt vom kommissarischen Landrat des Kreises Niederbarnim angeordnet worden. Sie findet für den Aushebungsbezirk Niederbarnim I von Montag, 18. März, vormittags 8 Uhr, bis zum Mittwoch, 10. April, in Hermsdorf, Restaurant Vellebus, A. Wessler, und in Daddorf, im Gasthof zum alten Krug von Rühmünd, vormittags 8 Uhr, von Donnerstag, 11. bis Sonnabend, 13. April, statt. Im Aushebungsbezirk Niederbarnim II werden die Landsturmpflichtigen des Jahrgangs 1900 in Friedrichshagen, Brauereiausbaust. 23, 8 1/2 Uhr vormittags, von Montag, 18. März, bis Mittwoch, 10. April, gemustert.

Gerichtszeitung.

Das Wiederaufnahmeverfahren im Nordprozeß Kieper.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts Graudenz begann das Wiederaufnahmeverfahren gegen die Wittwe Karoline Kieper aus Groß-Sibow wegen Giftmordes. Frau Kieper war 1901 ihre Mutter und ihren Stiefvater und 1911 ihren dritten Ehemann mit Arsenik vergiftet haben. Von der Erhebung der Anklage in einem vierten Fall, wegen Vergiftung ihres ersten Mannes, wurde Abstand genommen, weil diese Tat damals schon mehr als zwanzig Jahre zurücklag und Verjährung eingetreten war. Die Geschworenen hatten Frau Kieper nur der Ermordung ihres dritten Mannes für schuldig befunden und das Schwurgericht hatte daraufhin am 24. Februar 1912 das Todesurteil ausgesprochen. Im September 1913 wurde Frau Kieper zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt und hat die Strafe seitdem in den Strafanstalten in Jordan und Sagan verbüßt. Die Verurteilung stützte sich in der Hauptsache auf das Gutachten des Berliner Gerichtsmediziners Dr. Jegerich, der die ausgegrabenen Leichenteile untersucht und in allen Teilen große Mengen von Arsen gefunden hatte. Er vertrat in der damaligen Verhandlung mit größter Bestimmtheit den Standpunkt, daß sowohl der chemische Befund wie die bei dem Ehemann Kieper beobachteten Krankheitserscheinungen unmöglich durch Selbstvergiftung verursacht sein könnten. Dazu kam noch, daß Frau Kieper sich in ihrem Dorfe keines guten Rufes erfreute, daß sie mit ihrem Ehemann und mit ihrem dritten Mann ein gespanntes Mißverhältnis lebte und daß sie allerlei verdächtige Redensarten hatte fallen lassen.

Der Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Cohnberg-Graudenz, stellte bereits im Sommer 1913 beim Landgericht Graudenz den Antrag, eine Wiederaufnahme des Verfahrens einzuleiten. Der Antrag wurde aber abgelehnt, ebenso mehrere später gestellte Anträge, bis schließlich am 2. Januar 1918 das Graudener Landgericht beschloß, daß die Wiederaufnahme des Verfahrens, die Erneuerung der Hauptverhandlung und die Unterbrechung der Strafverfolgung anzuordnen sei, da die Wiederaufnahme, insbesondere die Untersuchung der Leichenteile Wilhelm Kiepers durch den Chemiker Dr. Knorr-Danzig und den Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Jester-Berlin in Verbindung mit den früher erhobenen Beweisen geeignet sei, die Freisprechung der Angeklagten zu begründen. Die in diesem Beschlusse angelegene neue Untersuchung der Leichenteile erfolgte im Sommer 1916 und ergab erhebliche Arsenipuren in den Haaren und in der Haut der Leiche, woraus die Sachverständigen zu der Ueberzeugung kamen, daß Kieper an einer chronischen Arsenvergiftung, die er sich als Korpulenter zur Heilung innerer Leiden selbst beigebracht haben konnte, gestorben ist, da bei einer plötzlichen Vergiftung die Verteilung des Arsens im Körper eine andere hätte sein müssen.

Zu der jetzigen Verhandlung führt Landgerichtsrat Heyne aus Thorn den Vorsitz. Die Anklage vertritt Erster Staatsanwalt Henkel. Die Verteidigung liegt wiederum in den Händen des Rechtsanwalts Dr. Cohnberg-Graudenz. Die Zahl der geladenen Zeugen beträgt über 80. Die Angeklagte Frau Kieper hat unter der fast sechsjährigen Zuchthausstrafe sehr gelitten. Sie bekennt nach wie vor ihre Unschuld.

Freigeisprochen wurde von dem Potsdamer Schwurgericht die Gärtnereifrau Anna Müller, die unter der Anklage stand, am 8. Dezember v. J. ihren Gatten im Streit erschlagen zu haben.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittags. Im Süden küstengebietes größtenteils heiter, in den anderen Gegenden vorwiegend wolkig ohne erhebliche Niederschläge; in der Nacht zu Sonnabend viel Regen.

Eingegangene Druckschriften.

Der Tänzer. Roman von Felix Holländer. S. Fischer, Berlin. 6 Bk.
 Wien und Berlin. Von Julius Bab und Emil Dandl. Oberfeld
 u. Co., Berlin. 5,50 Bk.
 Der Zigeunerzug durch Rumänien. Von Alfred v. Döbergh. Fischer,
 Berlin. 3 Bk.

Le Problème des Nationalités et La Paix durable.
 Von R. Gahrts. Librairie Centrale des Nationalités, Lausanne.
 3,50 Bk.
Politik und Moral. Von Dr. Ray Adler. 2,05 Bk. — **Deutsch-**
lands Zukunft. Von Dr. Oscar Stille. — **Deutschland und die Ent-**
wicklung des Haager Friedensvertrages. Von Reinhold Galt. 1,55 Bk.
 — **Weltwirtschaftliche Fragen der Zukunft.** Von Georg Göttem.

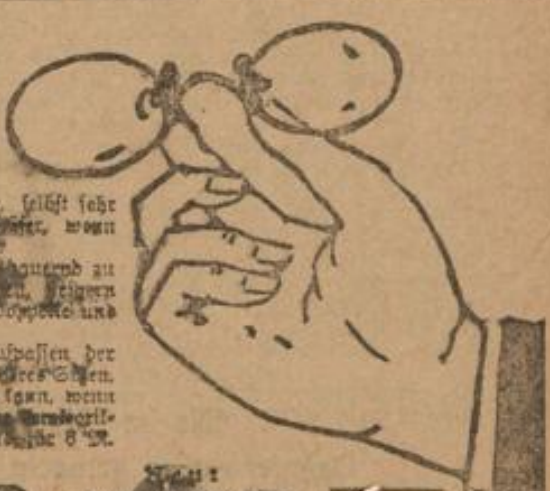
1,05 Bk. — **Die Christen und das päpstliche Friedensprogramm in**
Rom Magnus Joham. 3,05 Bk. Verlag Naturwissenschaften, G. m. b. H.
 Leipzig 1917/18.
Clemens und seine Mädchen. Von Arthur Rahane. Erich Reich
 Verlag, Berlin. 3,50 Bk.
Die Internationalisierung der Meerengen und Kanäle. Von
 Dr. Rudolf Baum. Martinus Nijhoff, Haag 1918. 3 Bk.

Augen sind der Geist Spiegel



darum behaupte man sie daher, daß sie frühe
 werden, daß rot entzündet, aber sie beruhigen,
 daß sie infolge Ueberanstrengung matt, glanzlos
 in die Welt schauen, beim geringsten raschen
 Blitzen schmerzen und daß sich schon im jugendlichen
 Alter in der Augengegend jene häßlichen Fäden,
 die eine Folge des unvorsichtigen Zusammen-
 drückens der Augen bei angelegtem Sehen sind.
 Ueberanstrengte Augen verursachen Kopfschmerz,
 vorzeitige Ermüdung und Nervosität und geben
 dem Gesicht einen matten, verdorren Zug, machen
 es vorzeitig alt.
 Kommen Sie zu uns, legen Ihre Augen über-
 ansprengt sind, wenn Sie beispielsweise bei der
 gewöhnlichen Seheübung nicht mehr Lust haben
 können.

Die Untersuchung ist kostenlos.
 Wenn Sie schon bereits über 40 Jahre alt
 sind und noch keine Augenbrillen haben, so
 Sie uns unbedingt befragen, denn in diesem
 Alter brauchen, mit ganz wenigen Ausnahmen, nicht sehr
 gesunde Augen eine Unterstützung durch Brillen, wenn
 es mit deren Leistungen nicht bergab gehen soll.
 Gute Augenbrillen, die man ja durchaus nicht gut genug zu
 tragen braucht, erhöhen die Sehkraft, erhöhen
 Ihre Arbeitskraft unter Umständen bis auf 200% und
 halten Ihre Augen klar und blank.
 Wir legen besonderen Wert auf gutes Aufpassen der
 Brillen, also auf orthogonaler Richtung und auf
 weiches und das beste Glas nicht das Beste sein kann, wenn
 es nicht ist. — Für Korporenmäßig abnorme Sehver-
 mögen für 6 Bk. des Paars, aus Genuß, ab 8 Bk.



Optiker Lubanke

- C. ...
- W. ...
- N. ...
- S. ...
- ...

Direktion Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
 7 Uhr: Don Carlos.
 Kammerstücke.
 7 1/2 Uhr: Kinder der Freude.
Volksbühne.
 Theater am Bülowplatz.
 Untergrund, Schönbr. Tor.
 7 1/2 Uhr: Was ihr wollt.
 Dir. C. Meinhard — R. Bernauer.
Theater Königgrätzerstr.
 7 1/2 Uhr: Der Katzensteg.
Komödienhaus.
 8 Uhr: Die beiden Seehunde.
Berliner Theater
 7 Uhr: Blitzblaues Blut.

Theater für Freitag, 15. März.
Central-Theater
 Kommandantenstraße 57.
 7 1/2 Uhr: Die Czardasfürstin
 Sonntag 3 1/2 Uhr: Jugend.
Deutsches Opernhaus
 7 Uhr: Der Zigeunerbaron.
Friedrich-Wilhelms-Theater
 7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.
Kleines Theater
 7 1/2 Uhr: Nante.
Komische Oper
 7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.
 Morg. 3 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.
 Sonnt. 11 1/2 Uhr: Die goldene Era.
 Sonnt. 3 1/2 Uhr: Die Kinkönigin.
Lustspielhaus 7 1/2 Uhr:
 Die blonden Mädels v. Lindenhof
Neues Operettenhaus
 Schiffbd. 4a. Kassent. N. 981
 7 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie.

Metropol-Theater
 7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul.
 Sonntag 3 Uhr: Die Kaiserin.
Residenz-Theater
 7 1/2 Uhr: Der junge Zar.
Schiller-Theater O
 7 1/2 Uhr: Schneider Wibbel.
Schiller-Th. Charl.
 7 1/2 Uhr: Hofkapellmeister.
Thalia-Theater
 7 1/2 Uhr: Egon und seine Frauen.
 Theater am Nollendorfplatz
 7 Uhr:
Scarletta O'Connell
Theater des Westens
 7 1/2 Uhr: Der verliebte Herzog.
 Ab morgen allabendlich:
 Ludwig XIV.
 Vorh.: Der Regimentarsaber.

Walhalla-Theater.
 7 1/2 Uhr:
Das Müllantendorf.
Rose-Theater.
 7 1/2 Uhr:
Eine Waixe.
Busch
 Tägl. 7 1/2, Stg. 3 1/2 u. 7 1/2 U.
100 Glas Bier umsonst
 trinkt allabendlich
 in 10 Minuten
Max Wilton,
 das medizinische Rätsel.
 Außerdem:
 Schlangentänze,
 Feuerspielende Menschen,
 Jenny Suieka
 und Partnerin.
 Zum Schluß:
Mondfahrt.
Trianon-Theater
 7 1/2 am Bhl. Friedrichstr. 7 1/2
 Tel.: Zentrum 4927 und 2391.
Der Lebensschüler
 Komödie von Ludwig Fulda.
 Ida Wast, Erich Kaiser-Titz,
 v. Möllendorff, Flink, Kottner.
 Stg. 4 U. kl. Pr.: Johannisfeuer.

1000
Verdienstmöglichkeiten
 bieten sich täglich dem, der
 es versteht, sein Wissen den
 Anforderungen der Gegen-
 wart anzupassen; denn Wis-
 sen ist Macht und Geld. Die
 beste Gewähr einer um-
 fassenden allgemeinen und
 fachlichen Ausbildung bietet
 die Methode Rustin (Mitarbel-
 ter: 5 Direktoren höherer
 Lehranstalten, 21 Prof.).
**Rasche und gründ-
 liche Ausbildung**
 ohne Lehrer durch Selbst-
 unterricht unter energischer
 Förderung des Einzelnen
 durch den persönlichen Fern-
 unterricht. Wissenschaftl.
 geb. Mann, Wissenschaftl.
 geb. Frau, Geb. Kaufmann,
 Die geb. Handlungsgehilfin,
 Bankbeamte, Einj.-Fraw-
 Präfig., Abit.-Exam., Gymn.,
 Realgymn., Oberrealschule,
 Lyzeum, Oberlyzeum, Mittel-
 schullehrerprüfung, Zweite
 Lehrprüfung, Handels-
 wissenschaft, Landwirt-
 schaftsschule, Ackerbau-
 schule, Präparand, Konser-
 vatorium. Ausführl. 80 S., starke
 Broschüre über bestandene
 Examen, Beförderungen im Amte,
 im kaufmännischen Leben usw.
 kostenlos durch
Bonness & Hachfeld,
Potsdam. Postfach 224.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband.
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nach-
 richt, daß unser Kollege, der
 Dreher
Walter Hundshagen,
 Liebenwalder Str. 35/36,
 am 12. März gestorben ist.
 Die Beerdigung findet
 heute Freitag, den 15. März,
 nachmittags 3 1/2 Uhr, von
 dem Leichenhause des neuen
 Nazareth-Kirchhofes in
 Reinickendorf, Köpplstraße,
 aus statt.
 Regte Beteiligung wird
 erwartet.
 233/9

Deutscher
Rudbinder-Verband.
 (Zahlstelle Berlin.)
 Den Mitgliedern die trau-
 erige Nachricht, daß unser
 Kollege
Emilie Kientlein
 plötzlich verstorben ist.
 Ihre letzten Stunden:
 Die Beerdigung findet am
 Sonnabend, den 16. März,
 nachmittags 1 1/2 Uhr, am
 dem Neuföhner Gemeindefriedhof,
 Mariendorfer Weg,
 statt.
 Ausführliche Beteiligung er-
 wartet.
 233/9 Die Ortsverwaltung.

URANIA.
 8 Uhr:
Die Ukraine.

WINTERGARTEN
 Gastspiel:
Frieda Hess
 Solotänzerin
Jan Trojanowski
 Hofballtänzer vom
 Ballett des
 Kgl. Hoftheaters Dresden
 sowie der große
 März-Varieté-Spielplan.

Zirkus A. Schumann
 Bhl. Friedrichstr. Ant. 7 1/2
 Nur noch kurze Zeit.
 Das große neue
Sport-Programm
 Tilly mit Eisbären
 u. a. Bebe ihr.
 Entkleidungs-Szene
 in der Luft, Fri. Zoo.
 Gr. Ausst.-
Mexiko. Pantomime.

Apollo
 Friedrichstr. 218. 7 1/2
Der Flieger
 von Tsingtan
 sowie die verblüffenden
 Varieté-Attraktionen.
 Theaterkasse ab 10 U.
 ununterbr. geöffnet.

Voigt-Theater.
 Badstr. 58. Badstr. 58.
 Täglich 7 1/2 Uhr:
Muttersegen.
 Sonntag, 17. 3., nachm. 3 Uhr:
Verlorene Ehre.
 Abends 7 Uhr:
Muttersegen.

Schwarzer Kater
 Friedrichstr. 165.
 Ecke Behrenstraße.
Glaire Waldoff
Willi Prager
Milda Breiten
Mizzi Dressl
 u. das hervorragende
 März-Programm.

NATIONAL-THEATER
 Cöpenicker Str. 68. Täglich: Deutsch-Amerik. Th.
Die ist richtig!...
 Musik von Walter Bromme.
!!! Größter Lacherfolg !!!
 Sonntag 3 1/2 Uhr: Studentenliebchen. | Preise: 1,50—8 M.

Casino-Theater
 Köpenicker Str. 37. Tägl. 7 1/2 u. 8 U.
 Auf Wunsch und bei großen
 Andrangem wegen verlängert
Hausferiige.
 Vorh. das neue Märzprogramm.
 In Vorbereitung: Anna's Traum.
 Stg. 4 U.: Schipp, schipp, hurra!

Palast
 Tägl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2
 Pers. Austr. Paul Heidemann
 in der Film-Operette
 „Paulchens Badobstentour“
 u. das neue März-Prgr.

Gewerkchaftshaus.
 Sonnabend, den 16. März,
 hat die **Gürtlerbranche** ihr **Stiftungsfest.**
 Konzert vom Berliner Sinfonie-Orchester.
 Gesangs- und humoristische Vorträge und des
Uik-Trio.
 Eröffnung 7 Uhr.

Sonntag, d. 17. März: **Arbeiter-Wanderbund.**
Herta-und-Hans-Schmidt-Kayser-Abend
 und ein erstklassiges heiteres Programm.
 Eröffnung 5 Uhr.
 Im Tages-
 restaurant von **Wally Warranoff** — Gesangs-
 vortrag — Well und Peil, singende
 Vaganten zur Laute.

Berliner Konzerthaus.
 Mauerstraße 92. Zimmerstraße 90/91.
 Heute:
Großes Wohltätigkeitskonzert
 zum Besten der freiw. Sanitätskolonne vom Roten Kreuz Berlin.
 Mitwirkende: Frau Olga Fleck, Opernsängerin; Ferdinand
 Kalweit, Kgl. Kammerorganist; Paul Lincke, Komponist und
 Kapellmeister; M. Romanus, Kapellmeister, Begleitung am
 Flügel; Friedens-Chor 1918, Chorleiter: Karl Nipkow.
Berliner Konzerthaus-Orchester.
 Leiter: Komponist Franz von Blon.
 Anfang 7 1/2 Uhr. Karten im Vorverkauf 60 Pf. Abends-
 kasse 75 Pf. Alle Vergünstigungen aufgehoben.

Reichshallen-Theater.
 Allabendlich 7 1/2 und Sonntag
 nachmittags 3 Uhr
Stettiner Sängler
 Zum Schluß:
 Mein Weib-
 nachstraum
 Nachmittags
 ermäßigte
 Preise!

Kaffee
Luitpold
 Holzstraße 15.
 Täglich:
Kabarett
Danny Gürtler II
 Der König der Boheme
 Ina Marcelle, Max Roe,
 Molly Morley, Leo Fähr-
 mann, Kapelle Cytroky.

Admiralspalast.
 Heute 7 1/2 Uhr
Abakadabra
 Deutsche Tänze v. Schubert
 Vorzügliche Küche.

Konspiration und Arbeiter-
Kasse von Heinrich Cunois u. a.
 Dürfte bald im Vordergrund
 der politischen Erörterungen
 stehen. Preis gebunden 5,-
 brosch. 4,- M. Geschäfts-
 ermittlung, Buchhandlung, Ein-
 lenstraße 3, Laden.

Möbelfabrik Rob. Seelisch
 BERLIN O 112, Rigaer Str. 71—73a
 empfiehlt gute preiswerte Möbel.
 Einrichtungen in jeder Preislage.
 Ganz besonders große Auswahl in
 Schlaf-, Speise-, Wohn- und Herrenzimmern
 jedem Geschmack entsprechend.
 154 Musterräume. Lagerräume: 6676 q-Mtr. groß
 Versand nach allen Plätzen Deutschlands. — Besichtigung lohnend, ohne Kaufzwang
 Wochentags von 8—7, Sonntags von 12—2 geöffnet.

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß
 Friedrichstr. 125 Oranienbg. Tor
 Sprechst. 11-1, 6-8
 für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden
 Blutuntersuchungen, Schenlle,
 sichere, schmerzlose Heilung
 ohne Berufslörung, Teilzahlung

Spezialarzt
Dr. med. Laabs
 bed. schnell, gründl., mögl.
 schmerzlos u. ohne Berufslör.
 Geschlechtskrankheit, geheime
 Haut-, Harn-, Frauenleiden,
 Schwäche, Urprobleme, Rheuma,
 Harn- und Blutuntersuchung.
 (Sabbat)
Königsstr. 34/36, Heranderpl.
 Spr. 10—12, 5—8, Sonnt. 10—1.

Liköre
 Magenbitter
 Kümmel
 Pfefferminz
 alkoholfrei, 1/2-Lit.-Flasche
2,00 M.
 Vorzögl. im Geschmack
H. Krömer, Berlin
 Oranienburger Str. 66
 Reinickendorfer Str. 109
 Andreasstraße 78
 Naukötin, Berliner Str. 78
 Versand nur in Korbfuß von
 3 Lit. an pr. Lit. 2,00 M.

Spezial-Arzt
Dr. med. Hasché,
 Friedrichstr. 90 direkt am
 Eisdamm
 Behandl. von Syphilis, Haut-
 ern-, Frauenleiden, (bez.)
 chron. Niere, Schmerzhafte, färschte
 Behandl. ohne Berufslörung,
 Blutuntersuchung, Was. Breile,
 Teilzahlung, Sprechstunden 10
 bis 1 und 5—8, Sonnt. 11—1.

Rote Rüben,
 holländische, a 3/5, 40 Pf.
Gelbe Kohlraben
 a 3/5, 10 Pf. 29/10
Knolauch
 a 3/5, 3,60 Bk.
 empfiehlt und verkauft nur an
 Selbstverbraucher Desikatesen-
 haus H. Kästner, Berlin, Pots-
 damer Str. 115. Tel. Lützow 4699.

Nachrufe.
 Den Mitgliedern ferner
 zur Nachricht, daß unser
 Kollege, die Metallarbeiterin
Margarete Koch,
 Köpplstraße 3,
 am 8. März gestorben ist.
 Den Mitgliedern ferner zur
 Nachricht, daß unser Kollege,
 der Schlosser
Artur Kott,
 Schöneberg, Sackendamm 37
 am 1. März gestorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur
 Nachricht, daß unser Kollege,
 der Klempner
Julius Klemm,
 Panstraße 43,
 am 6. März gestorben ist.
 Ehre ihrem Andenken!
 Die Ortsverwaltung.

Spezialarzt
Dr. med. Laabs
 bed. schnell, gründl., mögl.
 schmerzlos u. ohne Berufslör.
 Geschlechtskrankheit, geheime
 Haut-, Harn-, Frauenleiden,
 Schwäche, Urprobleme, Rheuma,
 Harn- und Blutuntersuchung.
 (Sabbat)
Königsstr. 34/36, Heranderpl.
 Spr. 10—12, 5—8, Sonnt. 10—1.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
 Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Eisenstraße 83—85.
 Geschäftstg. von 9—11 Uhr und von 4—7 Uhr.
 Telefon: Amt Norden 185, 1939, 1987, 9714.
 Sonntag, den 17. März 1918, vormittags 10 Uhr:

Versammlung
der Metallschleifer und Galvanisierer,
Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen
 im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 1.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag über Ubergangswirtschaft. Referent: Genosse
 Eugen Bräuner. — 2. Branchen- und Verbandsangelegen-
 heiten. — 3. Beschließens.
 Pünktliches und zahlreiches Erscheinen ist unbedingt er-
 forderlich.

Sonntag, den 17. März 1918, vormittags 9 1/2 Uhr:
Gruppen-Versammlung
der Werkzeugschleifer
 in den Humboldt-Sälen, Quälsteinstr. 40.
 Tagesordnung:
 1. Bericht des Gruppenleiters. — 2. Werkstattangelegen-
 heiten. — 3. Beschließens.
 Pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird erwartet.
 Die Ortsverwaltung.
 233/10

Erklärung.

Die im Hauptausschuß des Reichstages gegebene Darstellung über unerlaubte Gewinne, die in den Daimlerwerken gemacht worden sein sollen, beruht auf Angaben eines ehemaligen Beamten, der von der Firma wegen Untreue schon am 12. Januar 1918 entlassen sowie zur Strafanzeige gebracht worden ist und sich in dem eingeleiteten Verfahren vor dem Strafrichter zu verantworten haben wird.

Die Angaben dieses Beamten gehen dahin, die Daimlerwerke hätten durch Vorlage von angeblich falsch aufgestellten Kalkulationen von der Heeresverwaltung maßlose Preise gefordert und erhalten.

Wie haltlos diese Vorwürfe gegen die Daimlerwerke sind, geht aus der Art und Weise hervor, wie die den Daimlerwerken von der Heeresverwaltung bewilligten Preise festgesetzt worden sind. **Die Grundlage für die Preisfestsetzung bilden nämlich nicht Kalkulationen der Fabrik, vielmehr hat die Militärbehörde schon in einer früheren Zeit des Krieges nach den Pferdestärken der Motoren gewisse Einheitssätze pro Pferdekraft festgelegt**, die sie nach ihrer Angabe für die ganze Flugmotorenindustrie einheitlich festsetzen wollte. Erst am 23. März 1917, lange nach dieser Festsetzung der Preise und ohne jeden Zusammenhang und Einfluß auf die Höhe dieser Preise, hat die Firma auf den Wunsch eines Referenten der Militärbehörde diesem einen **summarischen Kostenüberschlag** zugeschickt, ohne daran irgendwelche Forderungen zu knüpfen. **Die Richtigkeit dieses Kostenüberschlags wird bei jeder Nachprüfung durch Sachverständige bestätigt werden.** Was der anzeigende Beamte als endgültige Kalkulation ansieht und mit entwendeten Unterlagen belegen will, sind Teilkalkulationen, die keineswegs die Endzahlen der tatsächlichen Kosten darstellen, in die er in seiner untergeordneten Stellung keinerlei Einblick hatte. Wie die Behauptung unrichtig ist, daß die Daimlerwerke Kalkulationen falsch aufgemacht und auf dieser gefälschten Grundlage eine Preisfestsetzung erfolgt sei, ebenso unwahr ist die weitere, daß die Firma aus dieser angeblichen Fälschung 4 Millionen Mark Gewinn im Monat gezogen habe.

Im übrigen gibt die von der Regierung im Hauptausschuß getroffene Feststellung, daß die Preise der **Daimlerwerke die billigsten aller Konkurrenzfirmen bei vorzüglichem Fabrikat sind**, die beste Widerlegung der gegen unsere Firma erhobenen Beschuldigungen; denn es ist klar, daß bei der anerkannten Güte des Fabrikats die Daimlerwerke mindestens mit denselben Löhnen und Materialkosten wie die Konkurrenz zu rechnen haben.

Die Drohung einer Einstellung des Betriebes ist von der Firma niemals gegenüber der Heeresverwaltung ausgesprochen worden. Lediglich im Zusammenhang mit einer unter dem 12. 2. 18 geäußerten Bitte um Preisrevision ist darauf hingewiesen worden, daß **eine eventuelle Aufhebung der unrationellen Nachtschicht eines kleinen Teiles der Belegschaft** in Erwägung zu ziehen sei. Diese Erklärung ist zudem einige Tage später ausdrücklich zurückgenommen worden.

Von einer Preiserhöhung um 50% war überhaupt nie die Rede, sondern es ist um eine Revision der Preise gebeten und hierbei eine Erhöhung um 10% vorgeschlagen worden, die aber nicht bewilligt worden ist.

Die Dividenden-Ausschüttung der Daimlerwerke hängt in erster Linie zusammen mit der Politik starker Abschreibungen der Aktiven und der Ansammlung großer Reserven, die von der Gesellschaft schon seit vielen Friedensjahren befolgt wurde, um allen Aufgaben und Fährnissen der Zukunft gewachsen zu sein.

Es war bisher nicht üblich, Geschäfts- und Fabrikationseinzelheiten auf die einseitigen Behauptungen eines entlassenen Angestellten hin zur Grundlage einer öffentlichen Aburteilung zu machen und dem Angeschuldigten keinerlei Gehör vor einer Verurteilung zu gewähren.

Die **übereilte Kritik und Behandlungsweise**, unter der wir zu leiden haben, nötigt uns zu diesem Protest.

Stuttgart-Untertürkheim, 11. März 1918.

Daimler-Motoren-Gesellschaft.

Der Stern des Kriegsgottes.

Zur diesjährigen Marsopposition am 15. März. Von Moriz Loeb.

In höherem Not steigt jetzt an den klaren Vorfrühlingsabenden, am östlichen Himmel ein Stern empor, der sich schon durch sein ruhiges Licht von den flimmernden Gestirnen des Frühlingshimmels auffällig abhebt. Es ist der Planet Mars, der Stern, den die Alten dem Gott des Krieges geweiht hatten, und zum zweiten Male in diesem Kriege, der die Erde erschütterte, kommt das Kriegsgestirn in die Nähe unseres irdischen Planeten. Längst ist die denkende Menschheit dem Überglauben abhold und frei von allen übernatürlichen Beeinflussungen. Und so ist denn die diesmalige Opposition und Erdnähe des Mars nur ein Ereignis, mit dem sich die Wissenschaft beschäftigt, das überdies unter diesmal ungünstigen Umständen erfolgt.

Die Marsbahn ist die erste der Planetenbahnen, die außerhalb der Erdbahn liegt. Mars ist weiter von der Sonne entfernt als die Erde, und er braucht infolgedessen für seinen Umlauf um die Sonne eine längere Zeit, als unser irdischer Wandler. Das Marsjahr ist 687 Tage lang, dauert also beinahe zwei Erdjahre. Bei einer Länge von genau zwei Jahren läme der Nachbarplanet auch stets zur gleichen Zeit in Opposition; so aber muß die Erde den noch Ablauf von zwei Jahren bereits etwas weiter geeilten Planeten in seiner Bahn ert einholen, um zwischen ihm und die Sonne zu gelangen, und dazu braucht die Erde noch ein bis zwei Monate mehr, so daß die Marsoppositionen sich alle zwei Jahre um durchschnittlich fünfzig Tage verschieben. Nach acht Oppositionen macht diese Verschiebung ein ganzes Jahr aus, so daß sich nach einer Periode von rund 17 Jahren die Oppositionen immer wieder unter den gleichen räumlichen Bedingungen wiederholen. 17 Erdjahre entsprechen somit 9 Marsjahren. Daß die einzelnen Marsoppositionen unter verschiedenen günstigen Bedingungen stattfinden, ist eine Folge der starken Exzentricität der Marsbahn, deren Wert neun Hundertstel ausmacht. Bei seiner Sonnennähe sieht Mars dem Zentralgestirn also fast um ein Sechstel näher als zur Zeit der Sonnenferne. In dem gleichen Verhältnis schwankt auch die Entfernung zwischen Mars und Erde zur Zeit der Opposition. Bei der diesjährigen Opposition am 15. März, der am 18. März die Erdnähe des Planeten folgt, wird Mars noch fast 90 Millionen Kilometer von uns entfernt sein. Weit besser werden die Umstände jedoch bei den darauf folgenden Annäherungen des Nachbarplaneten um die Erde, und damit wächst neben dem scheinbaren Durchmesser, den die Marscheibe zeigt, auch die Helligkeit ganz bedeutend an. Bei den Oppositionen von 1916 und 1918 betrug der scheinbare Durchmesser rund 14 Bogensekunden; die Opposition von April 1920 wird uns den scheinbaren Durchmesser 16, vom Juni 1922 20 1/2 Bogensekunden groß zeigen. Die günstigste Opposition und Erdnähe haben wir erst am 23. August 1924 zu erwarten. Der Planet wird dann der Erde bis auf 55 Millionen Kilometer nahekommen, die größte Annäherung, die überhaupt möglich ist. Sie wird sich während des ganzen 20. Jahrhunderts nicht mehr wiederholen. Seht man die dabei zu erwartende außerordentlich große Helligkeit des Planeten gleich 100, so ist seine Helligkeit bei der diesjährigen Opposition nur gleich 22. Mars wird also im Jahre 1924 fünfmal so hell erscheinen wie in diesem Jahre. Nach dem Jahre 1924 werden dann die Verhältnisse wieder ungünstiger; 1926 wird die Marsheelligkeit nur noch gleich 60, 1928 gleich 32 und 1931 ungefähr gerade so gering sein, wie in diesem Jahre.

Kann ein anderer Stern hat während des letzten Menschenalters gleich großes Interesse in Latenteisen gefunden, und an seinen Himmelskörper haben sich so viele Spekulationen geknüpft, wie an Mars. Anlaß dazu haben die Beobachtungen gegeben, die im Jahre 1877 — bei jener besonders günstigen Opposition, wie sie sich 1924 wiederholen wird — der Mailänder Astronom Schiaparelli auf der Marsoberfläche gemacht hat. Mars besitzt nämlich im Fernrohr völlig sein rotes Licht; er erscheint bei starker Vergrößerung etwas rötlich mit hellen und dunklen Stellen. Diese sind jedoch keineswegs klar voneinander getrennt, sondern gehen unmerklich ineinander über. Inmitten dieser überaus schwer zu entziffernden verschiedenen Schattierungen beobachtete nun Schiaparelli in helleren Partien der Marsoberfläche ganz feine dunkle, meist geradlinige Streifen, die er für Wasserläufe hielt. Wasserlauf heißt italienisch canale. Die wörtliche Uebersetzung dieses italienischen Sprachbegriffs durch die Astronomen anderer Nationen hat nun zu dem Glauben an die vielbesprochenen Marskanäle geführt, die im Hinblick auf ihre beinahe geometrisch angeordnete Lage angefaßt nur von vernunftbegabten Wesen geschaffen sein konnten. Ob aus dem Mars die Lebensbedingungen für Vegetation und Leben im irdischen Sinne vorhanden sind, kann dahingestellt bleiben; Mars hat zwar bei einer Umdrehungsdauer von 24 Stunden 37 Minuten Tag und Nacht, genau wie die Erde; aber er empfängt sehr viel weniger Wärme von der Sonne als wir, und im Gegensatz zur Erde überwiegen

augenscheinlich auf dem Nachbarplaneten bei weitem die Landmassen.

Wenn es, was freilich äußerst wahrscheinlich ist, auf dem Mars, der viel älter als die Erde ist, noch Wasser gibt, so macht dieses höchstens ein Viertel seiner Oberfläche aus. Auch eine Atmosphäre ist aller Wahrscheinlichkeit nach vorhanden; sicherlich ist sie aber außerordentlich dünn; das Spektrum weist von ihr keine Spur nach, und niemals bedecken Wolken die Oberfläche. Neberdies haben zahlreiche Beobachter von den Marskanälen nichts wahrnehmen können und deren Vorhandensein überhaupt bestritten. Freilich ist dazu zu sagen, daß sich in unseren Breiten einwandfreie Marsbeobachtungen der atmosphärischen Verhältnisse halber überhaupt nicht anstellen lassen. Seit der vor zwei Jahren verstorbenen amerikanischen Astronom Percival Lowell auf der Flagstaff-Sternwarte in Arizona keine Marsphotographien hat aufnehmen können, die die sogenannten Kanäle deutlich erkennen lassen, kann an ihrer Existenz wohl kaum noch ein Zweifel herrschen. Nur muß man mit der Voraussetzung rechnen, daß es sich um Gebilde befehlter Wesen dabei handelt. Denn auch die allerfeinsten dieser rätselhaften Linien sind immer noch mindestens fünfzig Kilometer breit, und es ist nicht daran zu denken, daß ein solches Gemisch von Kanälen, wie es die verschiedensten Beobachter gesehen und aufgezeichnet haben, von Linien, die der eine da gesehen hat, wo der andere Beobachter nichts hat entdecken können, die plötzlich verschwinden, wieder auftauchen und sich gar zu verdoppeln scheinen, künstlich angelegt ist. Vermutlich handelt es sich bei ihnen um Vegetationsstreifen, die längs vorhandener Feuchtigkeitszonen entstehen, wie auf dem Mars auch der Wechsel von Sommer und Winter durch das Schmelzen und Abfließen der sogenannten Eisalotten an den Marspolen je nach der Jahreszeit deutlich erkennbar ist.

Es ist kaum anzunehmen, daß die diesmalige ungünstige Opposition unsere Erkenntnis vom Wesen der Marskanäle wesentlich bereichern wird. Erst im Jahre 1924 dürfen wir hoffen, mit Hilfe verbesserter Beobachtungsmethoden tiefer in die Geheimnisse der Nachbargestirne einzudringen. Vielleicht gelingt es dann, das Rätsel der Marskanäle endgültig zu lösen.

Die Welt aus Papier.

Als vor ungefähr zwei Jahren der Begriff der Papierknappheit aus dem Reich des Beispielen in die sündbare Welt des Praktischen überging, als zum ersten Male offizielle Stimmen laut wurden, die nun auch zur Papierparlamentarier ernannten, glaubte man hierin vielfach eine amtliche Nervosität und Uebervorsicht erblicken zu müssen, denn allenthalben wurde behauptet, daß wir über genügende Papiermengen und weitere Fabrikationsmöglichkeiten verfügten, um den Verbrauch in gewohnter Weise fortsetzen zu können. Dies stimmte auch, oder es hätte gestimmt, wenn es bei den alten Verwendungsarten der Rohstoffe geblieben wäre. Inzwischen hatte sich aber im Laufe der Kriegszeit ein anderer Mangel in immer dringlicherer Weise bemerkbar gemacht: der Mangel an Baumwolle, Wolle, Holz, Gummi und Zute, an den wichtigsten Fasertoffen, die wir unter friedlichen Umständen in großen Mengen aus überseeischen Gebieten erhielten.

Ein Mangel verursacht einen anderen: die Frage der Herstellung von Bekleidungsgegenständen und sonstigen Waren, die aus Fasertoffen hergestellt werden, wurde rasch zum Problem. Zwei Wege waren möglich und wurden beschritten. Der erste, naheliegende bestand darin, den Verbrauch nach Möglichkeit auf die sparsamsten Grundformen zu stellen, um den Vorrat der im Lande noch vorhandenen Fasertoffe und Webwaren so viel wie möglich zu "strecken". Zweitens galt es, für die nicht mehr erlangbaren überseeischen Rohstoffe dasheim Ersatz zu beschaffen. Es wurde die Parole der "Ersatzstoffe" ausgegeben, und eine ganz neue Industrie begann sich zu bilden.

Es ist eine alte, in den letzten vier Jahren hundertfach beobachtete und praktisch einwandfrei bewiesene Tatsache, daß der Krieg nicht nur vernichtet, sondern auch Neues schafft. Kein Krieg war so vernichtend wie dieser Weltkampf, andererseits hat aber auch keiner so viele neue Ideen geboren und verwirklicht. Die Ersatzstoffindustrie ist nicht nur bedeutsam für die Gegenwart, sie wird auch die friedliche Zukunft bis zu einem gewissen Grade durchdringen, zumindest in der wahrscheinlich nicht allzu kurzen Zeit der "Uebergangswirtschaft" eine entscheidende Rolle spielen.

Um den Ersatzstoffen den Weg zu bahnen und ihnen für längere Zeit Berechtigung beim Publikum, beim natürlichen Verbraucher, zu schaffen, ist es vor allem notwendig, das ihnen vielfach entgegengebrachte Mißtrauen zu überwinden. Aus der Erkenntnis der Notwendigkeit ausflüßenden Willens in diesem Sinne entstand die "Deutsche Fasertoff-Ausstellung". Das Unternehmen wurde auf Anregung und unter Führung der Reichsbekleidungsstelle geschaffen; es ist eine Wanderausstellung, und die

erste Station sind die Berliner "Ausstellungshallen am Zoo".

Der richtige Name sollte eigentlich lauten: Fasertoff-Ersatz-Ausstellung. Die 227 beteiligten Firmen und Fabriken stellen fast ausnahmslos Ersatzmittel zur Schau. Das verarbeitete Material ist in überwiegender Menge daselbe, das zur Papierherstellung verbraucht wird. So lehren wir zum Ausgangspunkt dieser Ausführungen zurück, der Ring ist geschlossen: wir müssen mit dem Papier hantieren, weil seine Verwendungsmöglichkeit um ein Vielfaches erweitert wurde.

Was wir in den Ausstellungshallen sehen, ist — im großen und ganzen — eine ebenso neuartige wie vielgestaltige Welt aus Papier. Jeder Laie kennt Papierervetten, Papierstiftlöcher usw. Aber nun erfahren wir, daß das Papier — in den verschiedensten Formen und Bearbeitungsweisen — ein Unverdorbenes ist. Die hundertertel Dinge, die heute bereits aus Fasertoff-Ersatz hergestellt werden, können nicht einmal dem Namen nach aufgeführt werden, denn... die Papierbeschänkung gewährt und hierfür nicht den erforderlichen Platz. Bleibt es nur zu wünschen, daß die moderne Industrie sich wieder einmal als ein Zauberer erweist, der seine Unmöglichkeit gestehen läßt.

Die Ausstellung, für die das Motto: "Die Welt aus Papier" sich trefflich eignet, wird das Deutsche Reich bereichern.

Eine seltsame Kinderstube.

Die grenzenlose Hingabe mancher Tiereltern an ihre Nachkommenhaft ist längst bekannt. Aber zu welchen merkwürdigen Mitteln sie manchmal greifen müssen, um ihre Brut zu beschützen, verdient wohl in weit höherem Maß die Aufmerksamkeit des Beobachters als bisher. Das Droßlgehe der Weibchen in dieser Beziehung ein kleiner Fisch in Schwafrika, der Schilander-Fisch. Um seine Jungen zu beschützen, hat ihm die Natur nichts mitgegeben als ein umfangreiches Maul. Die Mutter kümmert sich nicht im geringsten um ihre Nachkommenhaft. Ihre Pflicht ist damit erledigt, daß sie Eier ablegt und dann davon schwimmt. Desto mehr hat das Männchen die einseitigen Lasten dieser Kindererziehung zu tragen. Nachdem es durch aufgereagtes Hin- und Herschwimmen über den Eiern die Befruchtung vollzogen hat, nimmt es sie vorzüglich stückweise in sein Maul. Im Verhältnis zu den 10 Zentimeter Größe, die der ausgewachsene Schilander-Fisch misst, sind die Eier, 60-70 an der Zahl, von erheblichem Umfange, so daß die untere Hälfte des Kopfes geschlossen erscheint und die Kiemenbedeckel des glücklichen Vaters zu beiden Seiten klaffen. Je mehr die Jungen sich entwickeln und an Größe zunehmen, desto mehr Platz brauchen sie natürlich. Der liebevolle Erzeuger vermag sich nicht anders zu helfen, als daß sich die Haut seines Unterleibes zu einem unterhöhlendartig weiten Becken ausdehnt, der infolgedessen sich zu pergamentartiger Dünne und Durchsichtigkeit wandelt, so daß man die höchst beweglichen Jungen in ihm herumwirbeln sieht. Sie füllen buchstäblich die ganze Rundhöhle aus und der erregte Vater ist unaufhörlich bemüht, sie durch Bewegungen nach vorne zu treiben, um sie nicht zu verdrängen oder selber an ihnen zu erstickeln. Trotzdem trägt er dieses Martyrium etwa 2 Wochen lang, während welcher Zeit die Kleinen zwar wachsen, aber an Lebhaftigkeit bedeutend einbüßen. Dann werden sie aus ihrem Geleise entlassen. Die Versorgung des Alten jedoch ist fortwährend um sie bemüht, und bei der geringsten Gefahr versammelt sie sich um seinen Kopf, um blitzschnell in der Rundhöhle zu verdrängen. Gewöhnlich geht keine Gefahr davon so weit, daß er sie gleich ein paar Stunden drinnen behält, ehe er ihnen wieder die Freiheit schenkt. Da der häßliche kleine Schilander-Fisch sich auch in Gefangenschaft fortpflanzt und keine besonderen Anforderungen an den Pfleger stellt, kann man sich ohne alle große Schwierigkeiten das Vergnügen machen, ihn bei seiner eigenartigen Kindererziehung zu beobachten.

Notizen.

Das Theater der Fünftausend, das Reinhardt im Zirkus Schumann errichten will, kann nunmehr seiner Verwirklichung entgegengehen. Die Genehmigung zum Umbau ist erteilt.

Eine Träbner-Ausstellung, die einen großen Teil seines Lebenswertes umfassen soll, gebührt die Berliner Freie Sezession am 15. Mai zu eröffnen.

Ein Ausnahmestag! Dem Beispiel des Deubre folgend, haben zahlreiche Pariser Blätter vor einiger Zeit die sog. "Manchette" eingeführt: einen aus drei bis vier Worten bestehenden, weithin sichtbaren Aufdruck neben dem Titel des Blattes, der auf das wichtigste Ereignis des letzten Tages hinweist. Der bisher die Nachrichten über das Spionens- und Standalstieber in Frankreich für übertrieben hielt, wird sofort eines Besseren belehrt, wenn er die letzte "Manchette" des Deubre betrachtet. Der in riesigen Buchstaben gedruckte Text lautet nämlich: "Gestern wurde niemand verhaftet."

Töchter der Hekuba.

Ein Roman aus unserer Zeit von Clara Viebig.

Als hätte sich ein Herz gefaßt — sie hatte an ihn geküßelt. Wenige Zeilen nur, einen Glückwunsch. Lange hatte sie überlegt: sollte sie es tun, sollte sie es nicht tun? Seine Mutter würde ihn ja von ihr grüßen — wenn sie ihm nun selber einen Gruß schrieb, war das nicht ein zu großes Entgegenkommen? Sie hatte ihn beim Abschied gebeten, sie etwas von sich hören zu lassen, er hatte es nicht getan — war das nun nicht zu viel, daß sie nicht länger auf ein Zeichen von ihm wartete? Vergab sie sich etwas? Nein! Mit einem entschlossenen Nicken hatte sie sich zum Schreiben niedergelassen: jetzt war nicht die Zeit für kleinliche Rücksichtlichkeiten. Wer weiß, wie lange man noch einem Mann zeigen konnte, daß man ihn liebte!

Und sie schrieb zu seinem Erfolg einen Glückwunsch: Worte, auf die ihre Tränen fielen und ihr Lächeln, daß sie betaut und besonnt waren wie blühende Rosen des Sommers.

Seitdem war sie froh, von einem tiefen, zufriedenen Glückgefühl befreit. Er würde sie ja verstehen. Und nun wartete sie auf einen Dank von ihm, der nicht ausbleiben würde, bald kommen würde — bald!

Frau Krüger wunderte sich, daß sie ihre Mäxchen singen hörte. Das hatte sie gar nicht gemerkt, daß die auch singen konnte. Hell klang es durch die Zimmerdecke:

"All mein' Gedanken, die ich hab, Die sind bei dir —"

Die Krüger nickte: das kannte sie, das war ein altes Lied, das hatte auch sie mal gesungen. Es war schon lange her. Nun war es ihr fast beiläufig, daß die da oben sang — wer mochte jetzt singen hören! Aber dann lauschte sie doch den Worten: "All mein' Gedanken, die ich hab, die sind bei dir —". Wenn der Gustav nicht bald etwas von sich hören ließ, aberam sie die Verzweiflung. Sie hatte jetzt zu weilen Stunden, in denen sie ihr fester Glaube verlassen wollte. Es waren furchtbare, grausige Stunden. Gegen die

half auch das Arbeiten nicht mehr. Legte sie sich auch wie zerklüftet vor Müdigkeit ins Bett, wenn die Gedanken kamen, auf ihrem Bettrand hockten als böse Geister, sie plagten, herumzerrten, hin und her warfen, dann pochte ihr Herz zum Springen. Ihr Kopf war wußt, ihre Gedanken irr. Sie hörte allerdings, was nicht da war: ein vorzügliches Tappen — war draußen der Gustav? Kam er leise, so leise ins Haus, um sie nicht aufzuwecken? So war er damals geschlichen, wenn er von der Hieselbahn kam!

Sie fuhr aus dem Bett, sie stürzte an die Tür: "Diebe!" Wollten sie jetzt auch hier ausräumen, wie sie schon bei diesen ausgeräumt hatten? Aber sie sollten sehen, daß auch eine einsame Frau sich nicht fürchtet. "Kommt nur mal her!" Mit drohender Miene stand sie in ihrer Stubentür. Einen Stuhl hatte sie hochgehoben mit starken Armen, den wollte sie dem Ersten auf den Schädel schmettern. Nicht anrühren sollten sie ihr etwas von den Vorräten, die mußten alle, alle für Gustav bleiben. Damit er satt hatte, wenn er wiederkam.

Sie selber gönnte sich nichts. Sie spürte auch keinen Hunger. Wenn andere klagten: das Brot mache nicht satt mehr, zu wenig Kraftmehl sei drin, lauter Ersatz, hatte sie nur ein verächtliches Lächeln. Was brauchten sie sich denn den Bau? so vollzuschlagen — hatte Gustav denn wohl immer satt?

Wenn sie nur nicht so ganz allein gewesen wäre! Nach solchen Nächten, in denen die Furcht vor Dieben sie umtrieb, daß sie bis in den Keller hinunterstieg, ihre Vorräte nachzählen, daß sie in den Stall zu Pöge und Schwein, zu Kaninchen und Hühnern lief, in den Garten zu Obst und Gemüse — die Nacht war finstern, sie tappte mit ihren Händen die Beerensträucher ab, noch war alles dran — nach solchen Nengsten fühlte sie, es taugte ihr nicht mehr, allein zu sein. Aber die Furcht vor der Finsternis ihrer Gedanken war die größte.

Sie hatte gehört, die Hieselbahn war wieder mehr hier in die Nähe gezogen. Nun sagte sie auf: kam die nicht mal am Haus vorbei? Aber die kam nicht —

Denn Gertrud jetzt zur Arbeit fort war, spielte ihr Kleiner beim alten Richter. Die Frau setzte den Bliden, wenn

das Wetter nicht gar zu schlecht war, immer vor die Haustür. Da sah er denn mit seinem langen weißen Bart Stunden und Stunden auf seinem Stuhl, und die Kinder, die vorbeiliefen, zupften ihn am Bart. Er war ein Kinderpott. "Hast du Hunger?" fragten sie ihn. Dann nickte er. Sie hielten ihm einen Stein hin: "Wäste?" Dann griff er zu, biß hinein, spuckte und sammelte: "ne Stulle, Mutter, ne Stulle!"

Das sah der Kleine mit an und in seinen großen blauen Augen sammerte schon etwas wie Verständnis. Er spielte, machte Häufchen von Erde, die er mit seinen kleinen Fingern zusammenkratzte, oder er sah auch ganz still vor den Füßen des Alten und streichelte sein hölzernes Pferdchen.

So sah ihn die Krüger. Sie war nicht ganz zufällig hier vorübergegangen; nun blieb sie stehen.

"Ist das der Hieselbahn ihr Junge?" fragte sie den Alten. Der gab keine Antwort, starr sah er an ihr vorbei. Was fragte sie den alten Sempel denn noch, sie wußte es ja, daß das der Kleine war: Gustavs Augen, so schön, so blau! Sie bückte sich zu dem Kinde nieder und hob mit ihrer großen Hand sein kleines Gesicht. Lange sah sie hinein. Dann seufzte sie und ging fort. Aber sie kam wieder, schon am nächsten Tage. Nicht immer traute sie sich nahe heran, blieb oft in einiger Entfernung stehen und beobachtete das Kind. Wenn es lachte, lächelte auch sie; sie war ganz entzückt.

Es war merkwürdig, seitdem hatte die Krüger nicht so böse Nächte mehr. Die Veruhigung war es auf sie herabgefallen: sah sie denn da nicht schon etwas von Gustav? Wenn Sie doch sein Kind nur immer, immer bei sich haben könnte, was gäbe sie darum! Aber sie, die sonst so Energiische, war jetzt schau vor der Hieselbahn.

Das Mädchen war ihr nun einmal begegnet, aber sie waren aneinander vorbeigegangen ohne Gruß. Die Mutter hätte gern gegrüßt, sie lauerte nur darauf, aber die andere tat, als kenne sie sie nicht. Und die hatte sie doch erkannt, die wollte nur nicht. Dabei tat der Krüger das Herz weh: wie sah die aus — schmal, blaß, schier verhungert. Der ging's schlecht!

(Fortf. folgt.)

Briefkasten der Redaktion.

Die Briefkasten Anfragen mehren sich in letzter Zeit ungeheuer. Wir machen darauf aufmerksam, daß Briefliche Antworten nicht erteilt werden können. Die Beantwortung der Anfragen kann nur durch den Briefkasten unter angegebener Adresse erfolgen.

Verkaufe

Verkauf von Holz, Eisenwaren, Musikinstrumenten, etc. Holzräder 50, 45, 40, 35, 30er Leiterwagen (eigenes Fabrikat), Klappportwagen, Liegewagen. Alle Reparaturen an Karb- und Kinderwagen.

Die Briefkasten Anfragen mehren sich in letzter Zeit ungeheuer. Wir machen darauf aufmerksam, daß Briefliche Antworten nicht erteilt werden können. Die Beantwortung der Anfragen kann nur durch den Briefkasten unter angegebener Adresse erfolgen.

Kaufgesuche

Suche nach Musikinstrumenten, Eisenwaren, etc. Suche nach Klavier, Orgel, etc. Suche nach Eisenwaren, etc.

Die Briefkasten Anfragen mehren sich in letzter Zeit ungeheuer. Wir machen darauf aufmerksam, daß Briefliche Antworten nicht erteilt werden können. Die Beantwortung der Anfragen kann nur durch den Briefkasten unter angegebener Adresse erfolgen.

Verschiedenes

Verschiedene kleine Anzeigen und Nachrichten. Einmaliges Konzert, etc. Einmaliges Konzert, etc.

Maschinenmacher Wertzeugdreher Wertzeugmacher R. Frister a. a. Berlin-Derschauweide.

Elektriker für Reparaturen J. D. Riedel A.-G., Berlin.

Gärtner oder Gärtnerin für größere Hofanlagen gesucht.

Packerinnen, grübe, verlangt Dr. Laboschin, chem. Fabrik.

Lehrmädchen für Sager und Verkauf per sofort oder 1. April gesucht.

Lehrmädchen für Sager und Lager per sofort oder 1. April gesucht.

Sofort gesucht! Mehrere 100 Arbeiter über 16 Jahre, für große Heeresarbeiten (Erd- und Betonarbeiten).

30 tüchtige Zimmerleute, mehrere Tischler, Schmiede und Schlosser.

Unterkunft und Verpflegung auf der Baustelle ist geregelt. Julius Berger, Tiefbau-A.-G., Berlin W 9.

Laborant, erfahrener, älterer, militärischer, für chemische Analysen.

Werkführer oder erster Arbeiter, von bedeutender Fabrik gesucht.

Tüchtige Automaten-einrichter, Erdmann & Groß, Metallschraubenfabrik.

Wir suchen für unseren Betrieb ungelernete Arbeiter und Plagarbeiter in größerer Zahl.

Tüchtige Klempner, die gelernt haben und selbständige Arbeit leisten können.

Schlosser und Dreher, Pluto-Werke, Motor-u. Lokomotivenbau.

Zimmerleute, Erdarbeiter für auswärtige Heeresarbeiten.

Tücht. Gehilfe, der in allen vorerwähnten Arbeiten d. Ledermanntent-

Elektriker gesucht, Spiegelmanufaktur Waldhof A.G.

Tapetier, Tischler, erhalten sofort Aufstellung.

Steinschleifer für Steinbrunn- und Maschinen-

Maurer, Zimmerer, Bauarbeiter für große Bauten an der Nord-

Sowjetkongress und Friedensvertrag.

Amsterdam, 14. März. Der Petersburger Korrespondent der „Morning Post“ meldet, es stehe von vornherein fest, daß der Kongress der Sowjets in Moskau den Friedensvertrag ratifizieren werde. Es sei auch von vornherein für eine überwältigende Mehrheit gesorgt, und nur die Presse der Bolschewiki werde zugelassen werden.

Daß es zu heftigen Auseinandersetzungen kommen werde, wird auch in diesem Falle vorher gemeldet. Stockholmer Depeschen stellen wiederum Nadel als Führer kriegerischer Opposition auf die Bühne. Die Gegenpartei Lenin, heißt es im „L. A.“, empfehle dagegen vorläufige Zurückhaltung. Aber auch sie sei darüber einig, daß Rußland, falls es wiederum kampffähig wird, den Krieg gegen Deutschland im Sinne der sozialen Revolution aufnehmen müsse. Lenin leugne nur Rußlands Kampffähigkeit für absehbare Zukunft. Die Erneuerung des Krieges würde, meine er, zur Unterwerfung des ganzen Landes führen.

Trotsky soll nach der gleichen Meldung nicht an der Moskauer Tagung teilnehmen.

Washington, 13. März. (Neuter.) Der amerikanische Arbeiterführer Compers hat im Namen der amerikanischen Alliance of Labour and Democracy an den Sowjetkongress in Moskau ein Telegramm geschickt, in dem er ihn um Angabe der Mittel bittet, wie die Vereinigten Staaten am besten eingreifen könnten.

Die sozialistische Vermittlung in Helsingfors.

Stockholm, 14. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorn.“) Die von Helsingfors zurückgekehrte Delegation, die aus Parteisekretär Kober, Thorsberg und Öhmer bestand, sieht die Vermittlungsfunktion als gescheitert an, obwohl der vom Volkskommissariat zugesagte schriftliche Bescheid ihnen noch nicht zugeht. Die Gründe des ablehnenden Verhaltens waren einerseits die starke militärische Position der roten Regierung, andererseits die Verstimmung über die schwedische Mandat-Intervention, deren humanitäre Zwecke bezweifelt wurden. Die Helsingforser rote Presse nimmt scharf gegen die Delegierten Stellung.

Ueber die Lage sagen die Delegierten, daß das russische Militär größtenteils abgezogen sei, daß dagegen ansehnliche Scharen russischer Freiwilliger und Lieferungen von Waffen und Munition zuströmen. Eine starke Gruppe von Sozialisten blieb abseits der Revolution; sie verhält sich passiv oder arbeitet in der revolutionären Verwaltung, aber unter Ablehnung aller politischen Verantwortung. Die Meldung, daß Tokio die Revolutionsfrage verlassen habe, ist unrichtig.

Die Volkskommissare bemühen sich ernstlich, Gewalttaten zu verhindern, deren sich Gulliganbanden, stellenweise aber auch rote Gardisten schuldig machten. Tatsächlich wurde eine Reihe Schuldiger verhaftet. Es heißt, es herrsche eine gewisse Ordnung, die aber über als Terrorordnung zu bezeichnen sei. Falls der Kampf weiter dauere, sei Schlimmeres zu befürchten.

Erfolgreicher war die Mission, soweit sie die Sicherung des Lebens weicher Gardisten betraf. Hier wirkte besonders der linkssozialistische Lindhagen mit, der für dieses Ziel einen Auftrag der Regierung hatte. Die Volkskommissare stimmen dem schwedischen Vorschlag zu, die eingeschlossenen weißen Gardisten zeitungslos abzulassen. Die Internierten werden gut behandelt. Lindhagen berichtet, daß die Mitglieder, wenn ihre Mission zurzeit auch erfolglos war, dennoch auch bei bürgerlichen Anklagen gesund sind.

Auf Lindhagens Vorschlag beschloß das Kommissariat nach Landung der Deutschen auf Åland, da diese Landung den Sieg der Revolution ausschliesse, Unterhändler zu den Deutschen abzusenden.

Saparanda, 14. März. In Pinuland treffen täglich Waffen, Munition und Truppen für die rote Armee ein. Am 6. März kamen beispielsweise in Helsingfors 3 Waggons mit Schrapnell, 6 Waggons Karabiner, 29 Maschinengewehre und 2 Waggons mit Gewehren an.

Die Dollarpumpe der Alliierten.

Amsterdam, 13. März. Ein hiesiges Blatt erzählt aus New York, daß die Vereinigten Staaten den Alliierten bisher insgesamt 4 Milliarden 679 Millionen Dollar geliehen haben. Davon entfallen auf England 2 Milliarden 250 Millionen, auf Frankreich 1 Milliarde 440 Millionen, auf Italien 550 Millionen, Rußland 325 Millionen, Belgien 93 Millionen, Kuba 15 Millionen und Serbien 6 Millionen Dollar.

Die Sinnfeiner gegen die irischen Nationalisten.

Eine Antwort an Präsident Wilson.

Amsterdam, 13. März. „Freemans Journal“ berichtet, daß der Führer der Sinnfeinbewegung DeValera erklärte, Irland habe durch die Entscheidung einer irischen Partei in das englische Parlament, wo diese Partei unter Englands Einfluß verborgen und dadurch wiederum die irische Nation ungünstig beeinflusst worden sei, seine charakteristischen Nationalisten zum guten Teil eingeschloß. Die Folge dieser Politik sei gewesen, daß Irland zur Sklaverei erniedrigt wurde. In dieser Weltkrise erkläre die Sinnfeinpartei vor der ganzen Welt, daß das irische Volk nur durch eine vollständige Abtrennung von England befreit werden könne. Präsident Wilson habe das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts aller Nationen verstoßen, aber solange Irland seine Freiheit nicht wiedererlangt, werde Präsident Wilson nicht imstande sein, zu beweisen, daß Amerika im Interesse der kleinen Nationen in den Krieg ging und daß England in der Tat Irlands größte Hoffnung sei.

London, 13. März. (Meldung des Reuters Bureau.) John Dillon wurde einstimmig an Stelle Redmonds zum Vorsitzenden der irischen nationalistischen Partei gewählt.

Bern, 14. März. „Daily News“ berichtet aus Ennis in Irland, daß die gesamte Grafschaft Clare militärisch abgesperrt sei. Man wird nur mit Militärurlaubsdritten durch die Sperrung gelassen. Der telegraphische, telephonische und Briefverkehr und die Lokalpresse unterliegen einer scharfen Zensur.

Luftschiffvorstöße gegen England.

Berlin, 14. März. Amtlich. Im Anschluß an eine Patrouillenfahrt in der Nordsee delegierte eines unserer Marine-Luftschiffe, Kommandant Kapitänleutnant Dietrich, in der Nacht vom 13. zum 14. März den Hafen und die Industrieanlagen von Hartlepool erfolgreich mit Bomben. Das Luftschiff hat trotz zeitweiser harter Gegenwirkung keinerlei Beschädigungen erlitten.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

London, 14. März. Amtlich. (Neuter.) Ein oder zwei feindliche Luftschiffe griffen die Nordostküste kurz nach 9 Uhr 30 abends an. Etwa 20 Bomben wurden nach der Küste abgeworfen. Meldungen über Todesfälle oder Sachschaden liegen bis jetzt nicht vor.

London, 13. März. (Neutermeldung.) Amtlich. Nach inzwischen eingelaufenen Berichten flogen drei feindliche Luftschiffe gestern abend zwischen 8 Uhr 30 Minuten und 10 Uhr über die Küste von Yorkshire. Nur eins davon wagte, sich einer befestigten Stadt, nämlich Hull, zu nähern und warf dort vier Bomben ab. Die beiden anderen Luftschiffe kreuzten während einiger Stunden in großer Höhe über verschiedenen Distrikten und nahmen dann wieder ihren Kurs nach dem Meere.

London, 14. März. (Neuter.) Amtlich. Nur ein Luftschiff hat die Küste passiert und vier Bomben auf Hartlepool abgeworfen. Das Schiff flog in großer Höhe und blieb nur einige Minuten über dem Land. Die übrigen Bomben schienen in die See gefallen zu sein. Sechs Wohnhäuser wurden zerstört und ungeschießlich beschädigt. Nach den letzten Berichten wurden ein Mann, eine Frau und drei Kinder getötet und zwei Männer, eine Frau und fünf Kinder verwundet.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 13. März. 1. Eines unserer Unterseeboote, Kommandant Kapitänleutnant Gansler, hat im Sperrgebiet um die Azoren feindlichen und für den Feind fahrenden Frachtraum von insgesamt 22 000 Br.-R.-T. vernichtet.

Unter den versenkten Schiffen befinden sich der englische bewaffnete Landdampfer Artesia von 2767 Br.-R.-T. und der englische Schoner Ne Roy von 145 Br.-R.-T., die beiden griechischen Dampfer Ioamina von 4191 Br.-R.-T. und Chariton von 8300 Br.-R.-T., der italienische bewaffnete Dampfer Atlantide von 5487 Br.-R.-T. und die italienische Carl Francesco von 1093 Br.-R.-T.

Die Ladung der Schiffe bestand aus Messing, Zink, Gummi, Zabal, Opium, Fellen, Lebensmitteln, Erdkräften und Kork und war nach französischen, italienischen oder Häfen der Vereinigten Staaten bestimmt.

Außer den 74 cm-Geschützen der beiden bewaffneten Dampfer wurden aus den Ladungen der Schiffe Messing, Zink und Gummi heimgebracht.

2. Im östlichen Mittelmeer hat ein U-Boot, Kommandant Oberleutnant zur See Sprenger, 6 Dampfer und 2 Segler mit zusammen etwa 26 000 Br.-R.-T. vernichtet. Im besonderen wurde der Transportverkehr von Alexandria und Port Said gestoppt. Die Dampfer waren bewaffnet, ihre starke Sicherung ließ auf wertvolle Ladung schließen. Ein an der türkischen Küste torpedierter Dampfer, der kurz auf Jassa hatte, führte, aus der aufschlagenden Detonation zu schließen, Munition. Das Boot hat ferner auf einem als Sicherung fahrenden Kreuzer der Arabis-Klasse einen Torpedotreffer erzielt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Kleine Kriegsnachrichten.

Zur Regelung der Schifffahrt der Alliierten haben am 11. März in London Beratungen zwischen Delegierten aus Frankreich, Italien, den Vereinigten Staaten und England begonnen. Es wird ein gemeinsamer Schifffahrtsrat gebildet werden.

Das spanisch-französische Wirtschaftsabkommen wurde am 9. März unterzeichnet und wird in wenigen Tagen von beiden Regierungen ratifiziert werden.

Die Einführung des Gregorianischen Kalenders in der Ukraine wurde vom Rat der Volksminister angeordnet. Die neue Rechnung hat am 12. März begonnen.

Das amtliche Ergebnis der spanischen Senatswahlen ist: 46 Demokraten, 16 Anhänger Romanones, 16 Anhänger Albas, 6 unabhängige Liberale, 48 Konservative, 3 unabhängige Konservative, 7 Anhänger Cierdas, 8 Anhänger Mauras, 1 Unabhängiger, 1 Katholik, 2 Integritäten, 5 Sozialisten, 3 Nationalisten, 8 Regionalisten, 1 radikaler Republikaner und 1 unabhängiger Republikaner.

Eine Verlustliste der Amerikaner. Der Schweizer Drehtelegraph meldet: Das amerikanische Kriegsdepartement veröffentlicht eine Verlustliste, nach der bei den Kämpfen an der französischen Front vom 2. März 48 Amerikaner gefallen und 252 verwundet sind. 36 Mann werden vermisst.

Die Unterredung mit Hindenburg.

An anderer Stelle veröffentlichen wir den Inhalt der Unterredung, die unser Kriegsberichterstatter, Genosse Dr. Köster, mit Hindenburg und Ludendorff gehabt hat. Es ist selbstverständlich, daß diese beiden Männer das Recht haben, von jeder Stelle aus zum Volke zu sprechen und daß jedes Blatt ohne Unterschied der Partei ihren Ausführungen gerne Raum gibt. Soweit das Gespräch die Diktatur betrifft, berührt es auch das politische Gebiet, auf dem der „Vorwärts“, wie allgemein bekannt, mit großer Entschiedenheit andere Auffassungen vertritt. Er steht auf dem Standpunkt, daß militärpolitische Gesichtspunkte nicht dazu führen dürfen, national zusammengehörige Gebiete neu aufzuteilen. Als Politiker vertreten wir den Grundgedanken, daß es keine bessere Grenzsicherung gibt als gute Beziehungen zu den Nachbarn. Können wir auf solche Beziehungen zu Rußland zunächst nicht mehr hoffen, so wünschen wir erst recht, wenigstens an den russischen Randvölkern Freunde zu gewinnen. Darum dürfen wir diesen Völkern das Recht, ihr eigenes Leben zu leben, nicht verweigern. Durch eine solche Politik wird der entgangene militärische Vorteil der Grenzsicherung mehr als aufgehoben werden.

Der Arbeitsplan des Reichstags.

Der Seniorenkouvent des Reichstags trat am Donnerstag zu einer Sitzung zusammen, um den Arbeitsplan für die nächsten Tage festzusetzen. Am Freitag kommen kleinere Vorlagen auf die Tagesordnung, darunter die Krieger-Vorlage, am Montag beginnt die Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes, am Dienstag soll der Friedensvertrag mit Rußland zur Beratung gestellt werden und am Mittwoch beginnt die Beratung der Kreditvorlage.

Bevölkerungspolitik und Geschlechtskrankheiten.

Die 16. Reichstagskommission für Bevölkerungspolitik beschäftigte sich am Mittwoch zunächst mit dem Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Ein Antrag der Abg. v. Callar, Hoffender, Flemming, Numm, Dr. Duard und Dr. Berner schlägt vor, folgenden § 1b einzufügen:

„Wer geschlechtskrank ist, hat die Pflicht, sich von einem staatlich geprüften Arzt behandeln zu lassen. Wer weiß, daß er geschlechtskrank ist und es unterläßt, sich von einem staatlich geprüften Arzt behandeln zu lassen, wird mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark oder mit Gefängnis oder Haft bis zu sechs Wochen bestraft.“

Der Vorsitzende Callar erklärte, daß die Behandlung durch approbierte oder nicht approbierte Ärzte zunächst völlig ausbleiben solle, es handele sich nur um das

Prinzip der Strafbarkeit

einer solchen Handlung. In einer außerordentlich ausgedehnten Debatte, in der sämtliche Parteien und fast sämtliche Regierungsvertreter zum Wort kamen, stellte sich heraus, daß die Regierung der Aufnahme eines solchen Paragraphen aufs heftigste widerstrebt. Dagegen sprachen sich die National-liberalen, teilweise auch das Zentrum sowie die sozialdemokratischen Abgeordneten energisch für die Annahme des Paragraphen aus. Unsere Genossen führten aus, daß nicht einzuliehen sei, warum man eine gemeingefährliche Handlung, wie die in dem Antrag behandelte, nicht ebenso unter Strafe stellen solle, wie Abtreibungen und Ähnliches. Bei der Abstimmung wurde der strafrechtliche Grundgedanke des Antrags mit 16 gegen 2 Stimmen angenommen. Ein Antrag der Genossen Davidsohn und Schulz, die Strafandrohung im zweiten Absatz abzuschneiden und sie nur durch einen Behandlungszwang zu ersetzen, wurde mit 11 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Sodann wurde nach dem Antrag Kunert das Strafmaß mit großer Mehrheit auf 500 M. Geldstrafe oder 4 Wochen Haft herabgesetzt.

Am Donnerstag beschäftigte sich die Kommission mit dem

Kurpfücher-Paragraphen

der Regierungsvorlage. Er bestimmt, daß Personen, die die staatliche Anerkennung als Arzt nicht besitzen, jede Behandlung von Geschlechtskrankheiten, die gewerbsmäßig erfolgt, verboten wird. Als Strafe ist Geldstrafe bis zu 10 000 M. oder Gefängnis bis zu einem Jahre angedroht. Die Diskussion drehte sich ausschließlich um diesen einzigen Paragraphen, von dem der Regierungsvertreter erklärte, daß für die Regierung mit dieser Bestimmung die Vorlage stehe oder falle. Bei dieser Gelegenheit gibt ein Regierungsvertreter die Zahl der jetzt im Deutschen Reich praktizierenden Naturheilkundigen mit 12 000 an.

Aus der Kommission heraus befragt der Berichterstatter Dr. med. Straube (Fr. Sp.) die Regierungsvorlage mit großer Freude. Abg. Dr. Landberg (Soz.) fragt, ob die Regierung wirklich auf dem Alles-oder-Nichts-Standpunkt stehen bleiben wolle; auch nach Streichung der Strafbestimmungen gegen die Naturheilkundigen bleibe doch noch genug Gutes im Gesetz. Im übrigen schätze § 20 des Strafgesetzbuches hinreichend gegen die Kurpfücher, die ohne Sachkunde vorgehen und Körperbeschädigungen erzielen. Die Befreiigung der Kurierfreiheit habe die schwersten Bedenken gegen sich. — Abg. Davidsohn (Soz.) führt aus, viele approbierte Ärzte hätten sich ebenfalls von der Schulmedizin abgewandt, und die ausfalligsten Heilmittel, die Schrei-Heilmittel, seien zuerst von Ärzten in die Welt gesetzt worden. Er weist ferner auf das starke Mißtrauen der Arbeiter gegen die Schulmedizin hin, das hervorgerufen sei durch das

Verfahren der Kassenärzte

gegen die Kassenmitglieder. So hätten es die approbierten Ärzte vielfach selbst verschuldet, daß ein großer Teil der Bevölkerung zum Naturheilkundigen gehe. — Dagegen wendet Abg. Dr. Erdmann (Unabh. Soz.) ein, es komme doch sehr darauf an, selbst wenn auch unter den Ärzten sich leichtfertige und unwissende Menschen befänden, mit welchem Mindestmaß von Sachkunde eine Behandlung der Geschlechtskrankheiten statfinde. Abg. Dr. Fabender (Z.) schließt sich den Ausführungen des Abg. Davidsohn wegen des Mißtrauens der Arbeiter gegen die Kassenärzte an. Abg. Heinrich Schulz läßt der Naturheilkunde alle Anerkennung zukommen, meint aber, er könne für seine Person unmöglich zugeben, daß für ein so wichtiges Gebiet wie das der Geschlechtskrankheiten, die mit noch so viel Fleiß und Liebe ertorbene Kenntnis der Naturheilkunde ausreichte. — Abg. Dr. Duard (Frankfurt a. M.) hebt hervor, daß bereits die Befreiigung eine Reihe von Krankheiten von der Kurierfreiheit ausgenommen habe, und fragt an, wie diese Befreiigung der Naturheilbehandlung sich bewähren habe.

Dann wurde zur Abstimmung geschritten und das Prinzip des Strafparagraphen mit 18 gegen 7 Stimmen angenommen. Ueber den übrigen Inhalt des § 3 wird noch weiter diskutiert und beschloffen.

Zum Fall Daimler

erfahren wir, daß die Sache den ordentlichen Gerichten übergeben worden ist. Die Staatsanwaltschaft hat alles Material in die Hände bekommen, das sich zur Beurteilung der Frage, ob das Verhalten der Firma strafrechtlich zu treffen ist, notwendig gemacht hat. Es seien keinerlei Beweismittel beseitigt. Dem Direktor, Kommerzienrat Verge, ist verboten worden, in den Geschäftsbetrieb einzugreifen. Die militärische Aufsicht, der die Leitung unterstellt ist, hat die Fortführung der Produktion in ihrem bisherigen Umfang und auch in dem Umfang der bisherigen Fabrikationsresultate gewährleistet.

Die Daimler-Werke begnügen sich nicht damit, daß die meisten Blätter von ihrer Erklärung zu dem im Hauptauschlag erhobenen Vorwürfen Notiz genommen haben, sondern legen auf den wörtlichen und vollständigen Abdruck dieser Erklärung in Inferatenform Gewicht. Selbst Blätter mit rein kapitalistischen Interessen wie der „Fokal-Anzeiger“ und die „Wkn. Ztg.“ finden die Erklärung nicht schlagend und zwingend. Wir können dies nur unterstreichen. Besonders sei hervorgehoben, daß die Streikdrohung, wenn auch in abgeschwächter Form, in der Daimler-Erklärung zugegeben werden muß.

Bundesratsarbeit. In der Donnerstagssitzung des Bundesrats wurden die Entwürfe zu Gesetzen betreffend die vorläufige Regelung des Reichshaushalts und des Haushalts der Bundesgebiete für das Rechnungsjahr 1918 und der Entwurf einer Bekanntmachung betreffend Krankenversicherung und Wochenhilfe während des Krieges angenommen.

Die Diäten der Reichstagsabgeordneten sollen mit Rücksicht auf die allgemeine Teuerung erhöht werden. Es ist an Stelle des bisherigen Pauschales von 3000 M. für die Dauer dieser Legislaturperiode eine Pauschale von 5000 M. in Aussicht genommen. Bei den bisherigen Abzügen von 20 M. für jede veräußerte Sitzung oder namensliche Abwesenheit bleibt es. Rücktrittsprämien in die Listen soll jedoch keinen Abzug bewirken, wenn die Abwesenheit des Abgeordneten in der Sitzung aus ihrem Protokoll nachweisbar ist.

Die Familienunterstützung ist, wie das Kriegsministerium in Erinnerung bringt, Sache der inneren Verwaltung, also der Landräte, Magistrate, im Beschwerdefall des Regierungspräsidenten und des Ministeriums des Innern. Zuständig an das Kriegsministerium sind nur ein ganz überflüssiger Anhang.

Der Reichsverband rüht sich! Mitteilungen und Zusendungen von verschiedener Seite deuten darauf hin, daß der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie in den letzten Wochen eine sehr reiche Tätigkeit entfaltet. Er verschickt an ihn geeignete scheinende Personen ganze Stöße von Agitationsmaterial, Broschüren, Flugblätter usw. Formulare, die zum Beitritt auffordern, sind reichlich beigegeben. Die Beitretenden sollen sogar noch weitere Abtreiben zur Materialbeschaffung empfehlen. — Eine erneute Mahnung an die Arbeitererschaft, ihre Organisationen unabhängig zu stärken, Beitrittserklärungen zur Sozialdemokratie können jederzeit gerichtet werden an Theodor Fischer, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

Gewerkschaftsbewegung

Der Bauarbeitertag billigt die Politik der Generalkommission.

Nürnberg, 13. März.

In der Fortsetzung der Debatte über den Vorstandsbericht verurteilt Lammertmann-Schwabach die Eingabe an den Generalrat und den Beitritt zum „Vollständigen für Freiheit und Vaterland“, von dem man sich möglichst schnell wieder lösen sollte. Thabor-Krefeld stellt fest, daß das Hilfsdienstgesetz erst durch unsere Mitwirkung aus einem schlimmen Anordnungsgebot zu einem Gesetz gemacht wurde, das den Arbeitern Vorteile brachte. Durch die Arbeiterausschüsse haben wir in Krefeld in Betrieben eintreten können, die uns bisher stets verschlossen waren.

Fröhlich-König stellt fest, daß die Unabhängigen als Grundzüge verkünden, er gehört aber nicht zu ihnen, weil sie Arbeiterverhöhnung betreiben.

Schmitt-Berlin verurteilt das Zusammengehen mit der Regierung und das Einwirken für das Hilfsdienstgesetz und erklärt, daß die Spaltung in die Arbeiterkraft durch die Bewilligung der Kriegskredite hineingetragen wurde. — Dahlenburg-Berlin hält im Gegensatz zum Vordrüber die grundsätzliche Politik der Gewerkschaften während des Krieges für richtig, ist aber nicht mit allen Maßnahmen des Vorstandes einverstanden, so sei die Aufhebung der Arbeitslosen- und Krankenkassenversicherung ein großer Fehler, der Auslösung der Unverheirateten von der Notstandsunterstützung sehr bedenklich. Im Parteifreie solle der „Grundstein“ strenge Unparteilichkeit wahren. — Hoffman-Berlin wendet sich entschieden gegen die Politik des Vorstandes. Ungeleitet hätte nicht die Regierung, sondern die Regierungspolitiker und die Gewerkschaftsführer. — Dahlenburg-Schneidberg greift entschieden Hoffman an, dessen Politik die übergroße Mehrheit der Bauarbeiter nicht verfolge. Mit dem Hilfsdienstgesetz haben wir sehr gute Erfahrungen gemacht. Die Massenpolitik hat der Arbeiterschaft schwere Schäden gebracht. — Hanke-Berlin erklärt, daß in Berlin die Mehrheit mit der Vorstandspolitik abgesehen von Kleinigkeiten, einverstanden ist, nicht so ganz mit der Haltung des „Grundstein“. Wie Hoffman könne nur ein Mensch handeln, der den Verband zu Boden treten will. — Hüttmann-Frankfurt a. M. erklärt an, daß die Organisation das Beste versucht habe, um die Interessen der Kollegen zu wahren. Die politischen Ereignisse haben auch bei uns die Gemüter erregt, aber wer sachlich die Dinge beurteilt, wird trotzdem zu einer Verständigung kommen. — Lübbert-Königsberg weist darauf hin, daß die Feinde Deutschlands, namentlich England, Deutschland vom Weltmarkt abdrängen wollen. Gegen die Bestrebungen, die Arbeiter in ein anarcho-syndikalistisches Fahrwasser zu drängen, müsse man sich entschieden wenden.

Der Vertreter der Generalkommission, Silberschmidt, geht auf die gegen die Generalkommission und die Gewerkschaften erhobenen Vorwürfe ein und schildert die Vorgänge, die zu ihrer vielbesprochenen Politik führten. Sie habe bei allen ihren Maßnahmen sich von der Mäßigkeit leiten lassen: was nicht sie der deutschen Arbeiterschaft? Sie habe die Politik der Fraktion unterläßt, weil sie ihr nützlich erschien. Lebhaft wendet sich Rehner gegen die Vorwürfe, als habe die Generalkommission die Regierungspolitik in Aufsicht und Bogen unterläßt, es habe vielmehr keinen Tag gegeben, an dem sie nicht in heftigem Kampfe mit der Regierung stand. Sie habe sich in jedem Falle die Freiheit des Handelns gewahrt. Andere Stellung wurde nicht angenommen, um die Regierung zu stützen, sondern zur Vermeidung unseres Landes. In den einzelnen Vorwürfen übergehend, verteidigt Rehner das Zusammenwirken mit dem „Vollständigen für Freiheit und Vaterland“ im Kampfe gegen die Anexionisten. Die Erklärung an den Generalrat sei keine Erklärung für diesen Generalrat, sondern im Interesse des Friedens erfolgt, um dem Ausland zu zeigen, daß das deutsche Volk einzig sei in der Verteidigung des Landes, bis die Gegner zu einem Verständigungsfrieden geneigt sind. Die Behauptung, die Paul Hoffmann schon zweimal in Berlin und jetzt hier wieder aufgestellt hat, begien sei am 2. August 1914 zur Regierung gelaufen und habe um gutes Wetter gebeten, zum Dank für die gnädige Antwort der Regierung habe dann die Generalkommission ihre Stellung eingenommen, erklärt Rehner unter Vorlegung der tatsächlichen Vorgänge für lächerlich und wider besseres Wissen aufgestellt.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Einmütig angenommen wird eine Resolution Adin, in der festgestellt wird, daß zahlreiche Unternehmen die Arbeiterbeschäftigungen des Hilfsdienstgesetzes gütlich berließen und einige Kriegsdienststellen und militärische Behörden einen solchen Verfahren leider Vorwurf leisteten. Hiergegen wird aufs schärfste protestiert, die Reichsbehörden werden aufgefordert, hier ohne Zögern und harter Hand einzugreifen. Die Generalkommission wird aufgefordert, sich der Beschwerden der Bauarbeiter anzunehmen und sie bei den zuständigen Behörden zu vertreten. Unternehmern, die sich den Tarifverträgen, Schlichtsprüchen und Entscheidungen der Schlichtungsausschüsse nicht fügen, sollen die Arbeiter entzogen werden usw.

Gegen wenige Stimmen abgelehnt wird ein Antrag, der den Vorstand auffordert, der Vorstandskonferenz zu empfehlen, das Bezirkssekretariat in Braunschweig aufzuheben.

Gegen drei Stimmen billigt hierauf die Generalversammlung die Tätigkeit des Vorstandes und damit auch die Politik der Generalkommission.

Sodann wird übergegangen zur

Veratung des Verbandsstatuts.

Hieran hält Vorpion ein zweistündiges Referat, in dem er die Vorlage des Vorstandes erläutert und eingehend begründet. In den Vortrag schließt sich eine lebhaft Diskussion, die den dritten Sitzungstag völlig ausfüllt.

Forderungen der Kostümhändler.

Den Arbeitnehmern der Kostümbranche ist es nicht gelungen, von den Arbeitgebern die Lohnaufbesserungen zu erlangen, die in den anderen Branchen bewilligt worden sind. Alle dahingehenden Anträge an die Arbeitgeber der Kostümbranche sind unbeantwortet geblieben. Die Arbeiter haben, um in der Lohnfrage freie Hand zu bekommen, den Tarifvertrag der Kostümbranche genehmigt, der nun am 31. März abläuft. Für den Abschluß eines neuen Tarifs werden folgende Forderungen gestellt: achttägige Arbeitszeit, Wochenlohn für männliche Schneider 65 M., für selbständige Schneiderinnen 60 M., für andere Schneiderinnen 55 M., für Anklebinnen auf 30 M., für Tailen- und Rockarbeiterinnen 45 M., für Arbeiterinnen nach dreijähriger Arbeitszeit 35 M. — Bei Aufstellung dieser Lohnsätze war der Grundlag maßgebend, daß die Löhne der weiblichen Arbeitskräfte denen der Männer möglichst nahegebracht werden.

Wie am Mittwoch in der Generalversammlung der Berliner Mitglieder des Schneiderverbandes mitgeteilt wurde, haben die Arbeitgeber auf die Einreichung der Forderungen nicht geantwortet. Deshalb haben die Arbeitnehmer die Vermittlung des Gewerkschaftsgerichtes anrufen, aber es hat noch keine Verhandlung stattgefunden. Ob bis zum Ablauf des alten Tarifs ein neuer Vertrag zustande kommt, ist fraglich.

Die Lohnverhältnisse der städtischen Gutsarbeiter und Kieflerwörter.

War noch jeder die wirtschaftliche Lage dieser städtischen Arbeiter eine schlechte, so sind dieselben bei der gegenwärtigen Teuerung infolge ihres niedrigen Grundlohnes und der kurzen Kriegszuschüsse von monatlich 35 M. in größte wirtschaftliche Bedrängnis geraten. Kieflerwörter erhalten an Grubelohn 2,75 bis 3,25 M.

pro Tag. Die Kriegszuschüsse betragen auf den Tag umgerechnet täglich 1,15 M. Das macht zusammen einen Verdienst von 3,90 bis 4,40 M. pro Tag. Die Gutsarbeiter haben einen Wochenlohn von 12 bis 15 M. nebst Deputat. Wohl ist der Wert der Naturalbezüge gestiegen, aber leider erhalten die Gutsarbeiter die verträglich vereinbarten Naturalbezüge jetzt nicht geliefert. In Friedenszeiten konnten die Gutsarbeiter durch bescheidene Eigenwirtschaft, Kleintierzucht einiges zum Lebensunterhalt hinzugewinnen. Das ist jetzt bei der Nationalisierung der Lebens- und Futtermittel unmöglich geworden. Bei günstiger Berechnung der Naturalbezüge beträgt der Wochenlohn der Gutsarbeiter 35 bis 38 M. Daß damit in der heutigen Zeit die Erhaltung einer Familie unmöglich ist, braucht nicht besonders nachgewiesen zu werden. Es ist demnach unverständlich, daß die Anträge dieser Arbeiter bei den maßgebenden städtischen Körperschaften bisher kein Entgegenkommen gefunden haben. In den Ratgeberunden Betriebsversammlungen, wo erneut zu der Frage der beantragten Lohnhöhung Stellung genommen wurde, fand eine Resolution Annahme, in welcher die Versammelten ihrem Beizenden darüber Ausdruck geben, daß die städtische Körperschaft nun am 6. Oktober 1917 eingereichten Antrag auf Lohnhöhung noch nicht erledigt haben. Am Schluß der Resolution heißt es:

Die alten Arbeiter, die unter den vielen Kriegserlöbnerissen ihre überaus beschwerlichen Arbeiten bisher pflichtgemäß erfüllt haben, erwarten daher vom Magistrat, daß die Prüfung und Erledigung ihrer äußerst bescheidenen Lohnforderung beschleunigt wird. Sie erwarten ferner, daß die Zahlung der beantragten Erhöhung bestimmt bis zum 1. April er. erfolgt.

Die Verwaltung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter wird beauftragt, unverzüglich die Wünsche der Arbeiter dem Magistrat zu übermitteln.

Zentralvorstand und Ausschuß des Verbandes der Dachdecker.

haben sich wegen der Abhaltung eines Verbandstages beraten. Mit Rücksicht auf die gegenwärtige Zeit sind sie zu der Auffassung gekommen, von der Einberufung eines solchen abzusehen. Bei der heutigen Stärke des Verbandes könnten auf einem Verbandstag nur 9 Delegierte und 1 Gauleiter erscheinen. Der Vorstand stellt indessen die Entscheidung über die nächste Gestaltung der Dinge den 200 Delegierten anheim, die auf den Gantagen vertreten sein werden.

Massenkündigungen in der Dresdener Glasindustrie.

In der Aktiengesellschaft für Glasindustrie vorm. Fr. Siemens in Dresden und Döhlen sind Lokaldifferenzen ausgebrochen. Die Glasbläser forderten schon Mitte Januar eine Lohnaufbesserung um 35 Pf. für 100 Flaschen, da bei den jetzigen Sätzen nicht mehr auszukommen war. Es wurden oft weniger als 40 und in den seltensten Fällen einmal bis zu 50 M. wöchentlich verdient, ein Lohn, der für den schweren Verus der Glasbläser bei der jetzigen Teuerung völlig unzureichend ist. Da die Firma auf die Forderung nicht einging, wurde der Schlichtungsausschuss angerufen, der den Arbeitern am 28. Februar das Recht auf Anforderung des Ablehns zusprach. Von diesem Recht haben die Arbeiter des Dresdener Betriebes bereits Gebrauch gemacht; am 6. März reichten 114 Glasbläser die Kündigung ein. Die Arbeiter des Döhlener Betriebes wollten sich diesem Vorhaben anschließen, wenn die Firma noch nicht rechtzeitig einlenkt. Die Leitung des Glasarbeiterverbandes hat alle Schritte getan, um eine Verständigung herbeizuführen.

Parteinachrichten.

Die Parteipresse und der Frieden mit Rußland.

Das „Hamburger Echo“ verwirft eine Ablehnung des russischen Friedensvertrages und sieht in der darauf gerichteten Parteibewegung nur die Eingängerei von Intellektuellen:

Die Friedensverträge von Brest-Litovsk und Bukarest mögen so schlecht sein, wie sie wollen, und wir mögen an ihnen auszuweichen haben, soviel wir wollen: sie bringen uns zunächst einmal, wenn auch nur nach einer Seite, den Frieden, und das ist die Hauptsache. Nicht nur für die Völker der Mittelmächte sondern auch für die Völker Rußlands und Rumaniens. Wenn aber selbst die Russen und Rumänen diesen Frieden in Ermangelung eines besseren angenommen haben, wie sollen wir dann dazu kommen, ihn abzulehnen. Es ist übrigens wohl kein Zufall, daß es wieder einige „Intellektuelle“ sind, die der Partei den Knüttel dieses neuen Streites zwischen die Beine werfen. Aus dem Versammlungsbericht der Frankfurter „Vollstimme“ ersehen wir nachdrücklich, daß die angenommene Resolution von Dr. Singheimer kommt, der einst ein großes Licht unter den Revisionisten war, ebenso wie Paul Kampfmeyer, der in der „Münchener Post“, wenn auch etwas maßvoller, den gleichen Standpunkt wie Wendel vertreten und ebenfalls die Ablehnung dieses Friedens gefordert hat.

Gegen diese persönliche Auffassung der auf Ablehnung des russischen Friedensvertrages gerichteten Parteibewegung wendet sich die „Dresdener Volkszeitung“:

Es ist nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht der Parteipresse, ihre Meinung zu den schwersten Fragen der Gegenwartspolitik ungelächelt zu äußern. Gegen die Anklage, die aber, die sich das „Hamburger Echo“ gegen die „Intellektuellen“ leistet, muß entschieden Verwahrung eingelegt werden. Das ist ein demagogischer Kniff, der an die unerschrockensten Zeiten der Revisionistendebatten erinnert und der auch groß in die Jahre läßt. Denn wenn sich das „Hamburger Echo“ in der Partei und der Parteipresse umtan wolle, würde es mindestens so viel „Kichtakademiker“ wie „Kademer“ finden, die eine Ablehnung der Friedensverträge und der Kredite verlangen.

Die „Chemnitzer Volksstimme“ veröffentlicht eine Zuschrift, in der es heißt:

(Die Sozialdemokratie) muß Vorschlägen und Sicherheiten verlangen, daß sie nicht bei weiteren Friedensabkommen ein zweites und drittes Mal vor derartig vollendete Tatsachen gestellt wird, wie bei dem Friedensschluß mit Rußland. Die Sozialdemokratie muß Vorschlägen und Sicherheiten verlangen, daß die Regierung auch entsprechend der Friedensresolution wirklich handelt. Erlangt die Sozialdemokratie diese Vorschläge und Sicherheiten nicht, so darf sie dieser Regierung keine Gefolgschaft mehr leisten und muß die Bewilligung der Mittel verweigern, die zum Kriegsführen notwendig sind. Denn dann sind die Bedingungen fortzufallen, unter denen sie sich in den Augusttagen des Jahres 1914 für die Kriegskredite eingeleitet hat. Andernfalls läßt die Sozialdemokratie ein schweres Dium auf ihre Partei: sie macht sich mitschuldig an dem Ausbruch späterer Kriege, deren Reime keine geteilt werden.

Dagegen betont die „Bremer Bürgerzeitg.“, daß der Krieg im Westen noch immer ein Verteidigungskrieg sei, daß Lloyd George, Orlando und besonders Clemenceau von Verständigung nichts wissen wollten. Doch fordert auch dieses Blatt von der Fraktion, daß sie die Regierung zu bindenden Erklärungen über Flandern und die dynastischen Pläne im Osten dränge.

Aus Südbayern.

Der Sozialdemokratische Verein für die Wohlkreise München I und II hatte auf den 11. März in die Kollosseumbierhallen eine außerordentliche Generalversammlung einberufen, um die notwendigen Vorbereitungen für den an den beiden Ostertagen stattfindenden 10. ordentlichen Gantag für den Gau Südbayern zu erledigen. Genosse Timm, der das Referat erstattete, gab einleitend einen Überblick über die Entwicklung der Gaubehörnisse

vor dem Kriege und betonte, daß der Krieg den Organisationen schwere Einbuße getan habe. Immerhin habe sich der Gau Südbayern, mit dem Gau Nordbayern und der Pfalz verglichen, am besten gehalten. Es bestiehe aber trotz aller Schwierigkeiten Aussichten, in Zukunft wieder aufbauende Arbeit zu leisten. Der kommende Gantag soll die Vorarbeiten treffen für die künftigen Aufgaben. In der anschließenden Debatte wurde insbesondere zum Ausdruck gebracht, daß die deutsche Sozialdemokratie unter keinen Umständen den Frieden mit Rußland sich zu eigen machen oder ihn verteidigen darf, sie muß vielmehr betonen, daß dieser Friede nicht den Julagen entspricht, wie sie von der Regierung stets gegeben wurden.

Industrie und Handel.

Der „Frostfrieden“ mit der Ukraine.

Die richtige Grundlage für die Beurteilung der Frage, was wir aus der Ukraine zu erwarten haben, wird nach einem offiziellen Telegramm der „Köln. Zig.“ gewonnen, wenn man sich zunächst vergegenwärtigt, daß naturgemäß die politische Stimmung in der Ukraine noch aufgewühlt und ungeklärt ist, und daß die politischen Schwierigkeiten noch erheblich sind. Daß in der Bevölkerung ein gewisses Mißtrauen gegen die einmarschierenden Mächte herrscht, darf nicht wundernehmen. Es ist selbstverständlich, daß dies erst der Veruhigung weichen muß, ehe sich das Lieferungsgeschäft im gewünschten Umfang glatt abspielen kann. Dazu kommen aber auch noch die Schwierigkeiten finanzieller Natur, der Mangel an Wechseln und an Rubelgeld aus der zarischen Zeit, dem die Ukrainer vor den heutigen Rubeln den Vorzug geben. Die ukrainischen Bauern sind wahren Hungerig, und es gilt, ihnen die Waren, die sie für ihre Lieferungen in Zahlung nehmen möchten, zu verschaffen. Die Transport-schwierigkeiten wurden bereits an anderer Stelle besprochen. Was die Getreidevorräte betrifft, so sind die großen Güter nahezu sämtlich verwüstet und nur die Bauern im Besitz der Vorräte. Für die zukünftige Versorgung ist es von größter Bedeutung, ob den Bauern genügend Saatgut und Inventar zur Verfügung steht. Auf den großen Gütern ist das Saatgetreide geraubt. Das alles sind Schwierigkeiten, die noch überwunden werden müssen. Demgegenüber kann aber auf Grund soeben eingetroffener Berichte festgestellt werden, daß offenbar Vorräte in größerem Umfang vorhanden sind, nur sind Zahlenangaben zurzeit unmöglich. Es gilt also, die noch in der Sachlage wurzelnden Schwierigkeiten richtig einzuschätzen, die übertriebenen Erwartungen zurückzuschrauben und zunächst einmal die Veruhigung und Festigung der politischen Zustände, die Einleitung des Austauschs der gegen die Lebensmittel zu liefernden Waren, die Besserung der Transport-schwierigkeiten und die Feststellung der wirklich vorhandenen Vorräte abzuwarten. Wie allen Entwicklungen dieser Zeit gegenüber ist auch hier das erste Gebot, Geduld zu haben, und das zweite, übertriebenden Neigungen gegenüber kritisch zu bleiben.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Der Geschäftsbericht der Fleisch-Körper-Werke stellt mit, daß das Unternehmen bis an die äußerste Grenze der Leistungsfähigkeit angezogen und die Erzeugung erheblich gesteigert worden sei. Die Erfüllung des Hindenburgprogramms machte sehr bedeutende Um- und Neubauten erforderlich. Da die Gesellschaft speziell für das Messingwerk bei Eberswalde auf den alten Terrains keine Ausdehnungsmöglichkeit mehr hatte, führten umfassende Geländekäufe dazu, ein Neuwert, räumlich getrennt vom alten Werk, entstehen zu lassen. Wenn auch diese Neuanlagen teilweise noch sehr wichtigen nationalen Aufgaben zu dienen haben, so sind sie in der Hauptsache dazu bestimmt, einer kommenden Friedenszeit zu nützen. Das im Entschien begriffene Neuwert ist mit den neuesten Erzeugnissen der Technik ausgerüstet; es wird im Laufe des neuen Geschäftsjahres dem Betrieb übergeben werden.

In der Bilanz sind die Grundstücke mit 1,6 Millionen M. (1) bewertet. Die Gebäude sind unter Veranschlagung der Jugänge für das Neuwert von 3,55 Millionen M. und nach Abschreibung von 0,55 Mill. M. mit 3 Mill. M. (2) in die Bilanz eingestellt. Die Vorräte aller Art einschließlich der Baumaterialien für Neubau 1918 sind auf 15,80 Mill. M. (8,20) gestiegen. Die Jugänge an Maschinen, die hauptsächlich bedeutend gewesen sein müssen, sind vorwiegend abgekauft, da dies konio unverändert mit wieder 2 M. in der Bilanz erscheint. Die Wertpapiere und Beteiligungen, worunter sich 18 Millionen M. (10) deutsche Staatsanleihen und eigene Teilschuldverschreibungen befinden, sind mit 13 Millionen M. (13,04) bewertet. Die Kassenstände liegen auf 9,46 Millionen M. (7,97), hingegen weist das Bankguthaben einen Rückgang auf 1,38 Millionen Mark (2,37) auf. Gläubiger haben 22,38 Millionen M. (12,77) zu fordern. Neben der Kriegsfonderrücklage bestehen die Gläubiger in der Hauptsache nur aus einigen größeren Anzahlungen.

Ueber die Beteiligungen wird von der Verwaltung mitgeteilt, daß die Kurzfächische Braunlohlen-, Gas- und Kraft-G. m. b. H. im Laufe dieses Sommers voraussichtlich in Betrieb kommen werde, während das Bayerische Hüttenwerk Fritz Reumeyer A.-G. in Nürnberg schon während des laufenden Geschäftsjahres ein beschließendes Verträgnis erbrachte. Die Gesellschaft beteiligte sich in den Graphitbezirken Niederbayerns durch Uebernahme der Aktienmajorität der Ersten Bayerischen Graphit-Bergbau-A.-G. und durch Aktienverkauf an dem bedeutendsten Graphit-Unternehmen des Böhmer Bezirkes, dem Graphitwerk Kropfmühl A.-G. in Rindern. Im Verein mit dem letzteren und einer Anzahl Freunde begründeten die Hirsch-Kutter- und Messingwerke A.-G. an der Donau gelogten die N. B. Donau-Tiegelwerk. Dieses Werk wird wohl im Laufe des neuen Geschäftsjahres fertiggestellt werden und wird dann als eine moderne bayerische Verfeinerungsfabrik für Graphit dienen. Ueber die Aussichten wird mitgeteilt, daß das neue Jahr mit einem befriedigenden Auftragsbestand begonnen habe.

Die Vereinigten Kammerl' und Welter u. Schneewogel'sche Werke A.-G. in Berlin verteilten 12 Proz. wie im Vorjahre und 18 Proz. Sondervergütung an den 0 im Vorjahre. Der Geschäftsbericht enthält folgende Ausführungen: „Das Jahr 1917 entsprach in den Umständen den Erwartungen, welche an den großen Auftragsbestand bei Beginn des Jahres geknüpft werden konnten. Der Gesamtumsatz stellte sich auf rund 23 100 000 M. (i. V. 11 670 000 M.). Daraus gegen 1916 verdoppelten Umsatz entsprechend konnte auch das Gewinnergebnis gesteigert werden, wenn auch die dauernd wachsenden Kosten es mit sich brachten, daß die Steigerung nicht im Verhältnis zum Umsatz erfolgte. Die Neuanlage in Grodow-Süd bei Gieselsfeld ist bis zum Jahreschluß trotz der außerordentlich großen Schwierigkeiten in Betrieb gekommen. Der Vollbetrieb setzt in den ersten Monaten des laufenden Jahres ein, da der Umsatz von Wittenau bis Ende Februar 1918 beendet sein wird. In das neue Jahr sind Aufträge im Betrage von rund 12 300 000 M. übernommen; die Aussichten sind weiter befriedigende.“

Verantwortlich für Politik: Erich Kuttner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Schott, Neustadt; für Anzeigen: Theodor Glöck, Berlin. Verlag: Bornhardt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhardt-Verlag, Druckerei und Verlagsanstalt Paul Tempel u. Co. in Berlin, Lindenstraße 1.

Stempel 1 Blatt und Unterhaltungsblatt.